



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 243

Wilhelmshaven

April 2009

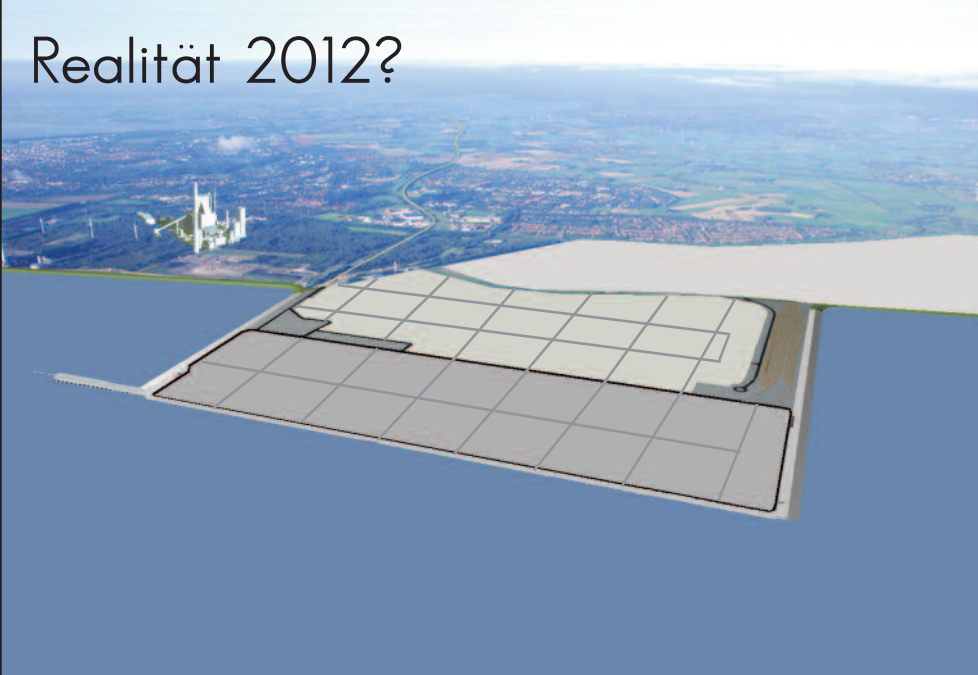
JadeWeserPort überflüssig?

Der Welthandel bricht zusammen – hat Wilhelmshaven da noch eine Chance? Seite 3



JadeWeserPort: Traum 2009

Quelle: JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co. KG



Realität 2012?

Reales

Auf Seite 3 stellen wir die Frage, was mit dem JadeWeserPort geschieht, wenn die Hafenbetreiber keine Investitionen in die Suprastruktur tätigen.

An einem Strang ziehen die Wilhelmshavener Natur- und Umweltverbände, wenn es um die Zukunft des Voslapper Grodens geht. Die Resolution der Verbände finden Sie auf Seite 4.

Gleich zwei antifaschistische Aktionen gab es am 28. März in der Innenstadt. Wir berichten auf Seite 5 über den 'zweigeteilten Antifaschismus'.

Nachgebessert werden muss der Antrag auf Ausbau der Wilhelmshavener Raffinerie. Auf Seite 6 heißt es Wuppdi-WUP!

Public Private Partnership ist das Zauberwort zur finanziellen Rettung der Kommunen. PPP könnte aber auch Pleiten, Pech und Pannen heißen, wie Sie auf Seite 7 nachlesen können.

Auf den Seiten 8 und 9 finden Sie Ratsplitter von der Mammutsitzung am 25. März.

Um das Urteil zu den Kosten der Unterkunft geht es auf Seite 10.

Ist das Mammografie-Screening sinnvoll? Auf Seite 11 gehen wir dieser Frage nach.

Um die Hartz-Gesetze geht es in unserem Artikel "Besser geworden?" auf Seite 12. Wir besuchten eine Veranstaltung der Gewerkschaft ver.di.

Kulturell geht es auf Seite 13 weiter. Wir haben uns die Stücke "Werther!" und "Das Gartenfest" angesehen. Zwei lohnende Ziele, meint zumindest unsere Kulturabteilung!

Auf Seite 14 plaudern wir wieder aus der Schule und bieten Hintergrundinformationen zum PPP-Wahn.

Wilhelmshaven ist immer bestrebt, etwas Besonderes darzustellen. Bald werden wir als letzte Gemeinde in der Bundesrepublik noch eine Agnes-Miegel-Schule haben. Hintergründe auf Seite 15.

Meldungen und Termine finden Sie nicht nur auf Seite 2, sondern auch quer durchs Heft verteilt.

www.gegenwind-whv.de

meldungen

Zum Titelbild

Gesucht: Das beste Nachnutzungskonzept für den Hafengroden!

Überall auf der Welt bricht der Containerverkehr zusammen. Feederschiffe gammeln in trübem Wasser vor sich hin, LKW-Fahrer kauen sich erst Finger- und dann Fußnägel bis zum Knöchel ab, in Bremerhaven werden 1400 Hafenarbeiter entlassen. Nur in einem abgelegenen Nest am Jadebusen schaufelt man fleißig weiter ein Milliardengrab und weckt große Hoffnungen in arbeitslosen Menschen, die man zu Hafenlogistikern (deutsch: Gabelstaplerfahrern) umschult. Doch irgendwann ist der Hafengroden fertig aufgespült und befestigt. Und dann?

Wilhelmshaven braucht neue Visionen! Jetzt sind unsere LeserInnen gefragt!

a) Betrachten Sie unser Titelbild und finden Sie die 10 Unterschiede zwischen der oberen und der unteren Hälfte. Wenn Sie alle gefunden haben, dürfen Sie sie behalten.

b) Schicken Sie uns Ihren Vorschlag zur Nachnutzung des leerstehenden Hafengrodens. Die wohl teuerste Betonwüste aller Zeiten muss ein lebendes Denkmal werden.

Hier die ersten Vorschläge:

- ☞ Errichtung einer Geniusstrand-Infobox in Form eines riesigen Strandkorbs
- ☞ Errichtung und Betrieb einer Solaranlage für 100.000 Einwohner
- ☞ Einfach so lassen und als Weltkulturerbe ausweisen

Unter den kreativsten Einsendungen verlosen wir

- ☞ eine Eintrittskarte für das Freibad Klein-Wangerooge (nur einlösbar außerhalb der Algenblüte)
- ☞ einen Gutschein für Möwen-Beobachten am Banter Siel (nur einlösbar nach Starkregen)

Workshops für MusikerInnen

Auch in diesem Jahr bietet die Wilhelmshavener Musikinitiative verschiedene Workshops für MusikerInnen an. Neben klassischen Instrumenten- und Gesangworkshops gibt es auch spannende Angebote für das professionelle "Drumherum", wie Band-Coaching, Songwriting, "Notenlesen für Notenhasser" bis hin zu Digital-Aufnahmen und Bandfotos. Alle Kurse finden am Wochenende statt, und die meisten richten sich auch an Anfänger ohne Vorkenntnisse. Nur Mut! Dank verschiedenster Kooperationen und Förderer beschränkt sich der Teilnahmebeitrag auf jeweils 30-40 Euro.

Das ausführliche Programm gibt es bei der Wilhelmshavener Musikinitiative e.V. Banter Deich 8, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 04421 44699, E-Mail: wilhelmshavenermusikinitiative@t-online.de (iz)

In die Suppe gespuckt

Schon einmal musste "der kleine Italiener" in der Nordseepassage seine mittägliche Suppenküche schließen, weil ein Modegeschäft auf der Empore reklamierte, dass deftige Gerüche in die ausgestellten Kleidungsstücke kröchen. Hungerige Fans der preiswert-leichten Mittagsmahlzeit protestierten. Zwischendrin gab's dann wieder Suppe, doch seit kurzer Zeit bleibt erneut die Küche kalt. Nichts gegen Bruschetta - aber irgendwie sollte sich doch in einer Passage, die erst durch Gastronomie zum Verweilen einlädt, eine (technische) Lösung finden lassen, die alle Kund/innen und Geschäftsleute glücklich macht. (iz)

BUND sucht wissenschaftliche Kontakte

In diesem Jahr organisiert die BUND-Kreisgruppe Wilhelmshaven eine Veranstaltungsreihe mit wissenschaftlichen Einrichtungen aus Stadt und Region. Mitglieder und weitere Interessierte haben so die Möglichkeit, die vielfältige Arbeit dieser Institute kennen zu lernen und fundierte Informationen zu erhalten, als vertiefte Grundlage für fachliche Diskussionen und die praktische Arbeit zum Natur- und Umweltschutz in Wilhelmshaven. Den Auftakt machte Carsten Ender vom Deutschen Windenergie-Institut (DEWI). Der Referent nahm sich viel Zeit, um den Teilnehmer/innen (die auch Fachwissen mitbrachten) Aufbau und Tätigkeitsbereiche des DEWI vorzustellen, vor allem aber auch physikalisch-technische Zusammenhänge der Energieerzeugung aus Wind zu erklären. Beeindruckend war die Expansion der Windkraftnutzung weltweit (Deutschland nimmt hier bei weitem nicht den ersten Rang ein). Auch China setzt - trotz Ausbau von Kohlekraftwerken - auf Zukunftstechnologien.

In der anschließenden Diskussion kamen u. a. die sehr einseitigen Darstellungen zur Sprache, mit denen bestimmte Kreise (allen voran Prof. Appel) die Windkraftnutzung pauschal ablehnen - mit wirtschaftlichen Argumenten: Über das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) sei die Windenergie exorbitant hoch subven-

tioniert und auf Dauer vom Verbraucher nicht bezahlbar - deswegen müsse man weiter auf billigen Kohle- und Atomstrom setzen. Die Anwesenden waren sich einig, dass diese Darstellung unredlich ist: Würde man den Betreibern sämtliche Kosten auferlegen, die durch die Nutzung fossiler bzw. atomarer Brennstoffe entstehen, und sie dann an den Verbraucher weiterreichen - Kohle- und Atomstrom wären unbezahlbar! Aber solange Kohleumschlagsbrücken, Bahnstrecken, Atommüll-End- und -zwischenlager etc. aus Steuergeldern subventioniert werden, merkt der Verbraucher nicht, dass er die Zeche zahlt, und die Energiekonzerne machen weiter hübsche Gewinne, für die auch Arbeiter in den Kohle- und Uranminen menschenunwürdig zu lächerlichen Löhnen schuffen.

Diese Infoveranstaltung war nicht ein-, sondern vielseitig, und so wurden auch Nachteile der Windkraftnutzung diskutiert, wie "Verspargelung" der Landschaft sowie Gefährdungen für die Tierwelt. Carsten Ender hatte nicht auf alles eine Antwort, versuchte aber auch nicht abzuwiegeln - es war ein offener Austausch in angenehmer Atmosphäre. Biologie ist letztlich auch nicht sein Fachgebiet. Hierfür gibt es ja weitere Institute und Kontakte. Karin Patent, die die Reihe für den BUND organisiert, plant die nächste Veranstaltung mit dem Institut für Vogelforschung. Noch im Frühjahr steht ein Besuch der Seeschwalbenkolonie am Banter See auf dem Programm und später im Jahr ein Fachvortrag zur Vogelforschung. Die Teilnahme steht wieder allen Interessierten offen, die Termine werden rechtzeitig bekannt gegeben. (iz)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0180-5060 3441 9546
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl.), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Matthias Tiller, Imke Zwoch;
Druck: Papudis; Auflage: 4.600 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63
 Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
 Erscheinungstag dieser Ausgabe: 01.04.2009
www.gegenwind-whv.de

 Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Boomtown ohne Containerbrücken? Der Bau des JadeWeserPorts macht rasch Fortschritte. Doch der "Jobmotor" Hafen läuft rückwärts...

(jm) Der Sinkflug im Welthandel geht seit Ende letzten Jahres in jähem Absturz über. Die Welthandelsorganisation rechnet für dieses Jahr mit einem Rückgang des Handelsvolumens um 9%. Für Deutschland soll es noch dicker kommen.

Der Bundesverband Groß- und Außenhandel (BGA) rechnet für 2009 mit einem Rückgang um bis zu 15 Prozent. Dies werde auf die gesamte deutsche Wirtschaftsleistung durchschlagen, erklärte der Verband am Dienstag in Berlin. Im Januar waren die Exporte gegenüber dem Vorjahresmonat um 20,7 Prozent weggebrochen. (VerkehrsRundschau, 24.03.09)

Der Absturz hat bereits alle Bereiche des Transport- und Logistikgewerbes ergriffen. Schiffsladungsaufkommen, Hafenumschlag, Schienen- und Straßentransport sowie der Luftfrachtverkehr - lange verwöhnt durch riesige Wachstumsraten - schrumpfen im Backofen der Rezession zu Dörrobst:

- Inzwischen beginnen mehr als 400 auf Ladung wartende Schiffe die Häfen zu verstopfen - allein in Wilhelmshaven liegen fünf. Zunehmend müssen diese "Auflieger" in den Küstengewässern ankern - darunter auch Neubauten, frisch von den Werften. Einige Reeder sehen ihre Rettung nur in der Kapitalvernichtung, in dem sie einen Teil ihrer Flotten abwracken.

- Bei den anderen Verkehrsträgern sieht es nicht besser aus:

Fuhrunternehmen mustern bereits einen Teil ihrer Fahrzeuge aus. Aus dem Bahnbereich werden Einbrüche von 20% beim Gütertransport gemeldet. Die Binnenschifffahrt hat ein Drittel ihres Transportvolumens eingebüßt. Im Luftfrachtbereich rechnet der Internationale Luftfahrtverband (IATA) mit einer Schrumpfung von 13% in diesem Jahr.

- Speditionsunternehmen beklagen, dass die Frachtraten ins Bodenlose sinken.

Noch im Januar 2008 kostete die Beförderung eines Containers von China nach Europa rund 2500 US-Dollar. Anfang 2009 ist dieser Preis auf ein Zehntel, auf 250 US-Dollar gesunken. (Junge Welt, 04.02.09) Erste Spediteure müssen Insolvenz anmelden. Sachsens Spediteure rechnen bis zum Sommer mit dem Wegfall von knapp einem Drittel der Branche. (Deutsche Verkehrszeitung, 25.03.09)

Die Krise greift schon auf das produzie-

rende Gewerbe über - z.B. auf die Nutzfahrzeugbauer (NFZ): Nach einem Rückgang um 76 Prozent im Januar seien die Bestellungen aus dem Ausland für NFZ über sechs Tonnen im Februar sogar um 95 Prozent eingebrochen. Die Auslandsorder im Transporterktor hätten im vergangenen Monat das Jahresvolumen um 55 Prozent unterschritten. (VDA, 06.03.09)

Auch die Auftragspolster der Werften schmelzen wie Butter in der Sonne. Viele Werften haben zwar bis 2012 ausreichend Aufträge im Wert von mehr als 13 Mrd. Euro. Aber seit einigen Monaten kommen praktisch keine Neubestellungen mehr herein. Auch die Eisenbahn- und Flugzeugbauer haben wohl noch eine Schonfrist.

Sobald die Überproduktionskrise spürbar den Arbeitsmarkt erfasst, wird sie von der exportorientierten Investitions- auf die im gnadenlosen Wettbewerb um Kundschaft befindliche Konsumgüterindustrie durchschlagen. Damit kommt "die unsichtbare Hand des Marktes" mit ihren viel beschworenen "Selbstheilungskräften" ins Rotieren. Im Wechselspiel zwischen sinkender Massenkauflust und Stilllegung von Überkapazitäten geht's dann spiralförmig abwärts. Richtig platzierte staatliche Konjunkturmaßnahmen könnten die Rutschpartie abbremsen. Doch wie lange die Sturzfahrt noch andauern wird und wie tief wir abrutschen, kann niemand vorhersagen. Vorerst jedenfalls geht es rasend bergab ins Ungewisse.

Und wenn das so weitergeht, sind Massenentlassungen in großem Stil nicht mehr zu verhindern.

Das betrifft auch den "Jobmotor" Hafen. Die Kündigung von 1.400 Hafenbeschäftigten allein in Bremerhaven dürfte nicht das Ende der Entlassungswelle sein, wenn sich die Prognosen der WTO und des BGA bestätigen.

Daraus ergibt sich die Frage, ob die künftige Hafenbetreibergruppe "Eurogate/ Maersk" den JadeWeserPort nach Fertigstellung der Kaje überhaupt benötigt.

Im Wilhelmshavener Stadtklatsch wird zwar schon gewitzelt, dass der JadeWeser-Port (JWP) ja bei noch rechtzeitig verhängtem Bau-stopp als größte Badelagune an der Nordsee vermarktet werden könne. Bei Einleitung des 30°C warmen Kühlwassers aus dem SUEZ-Kohlekraftwerk könne man den JWP sogar als ganzjähriges Badeparadies

Bunny Ranch
Ladys Wear

shopping deluxe

T-shirts ab 14,99
Kleider ab 29,99
Sweats ab 34,99
Schals 9,99

Mo-Fr 12:30 - 18:00
Sa 11:00 - 17:00

www.myspace.com/bunnyranchshop

NEU AM BÖRSENPLATZ

mit Auto- und Eisenbahnanschluss akquirieren...

Aber aus solchen flexibel auf die derzeitige Weltwirtschaftslage reagierenden Geistesblitzen wird wohl nichts. Da gibt es nämlich eine Gang von Hafenlobbyisten, die von den Regierungen in Bund und Ländern fordert, die Hafeninfrastrukturen und deren Hinterlandverbindungen auf den nächsten Boom vorzubereiten. Und nach denen bzw. deren Sprachrohren - groß wie Ankerklüsen - richten sich die Regierungen für gewöhnlich.

Anders sieht es mit dem Datum der Inbetriebnahme des JWP aus:

Voraussetzung dafür ist die Erstellung der Superstruktur (Containerbrücken, Van Carrier, Flächenbefestigung, Immobilien, IT, etc.). Für die muss die Eurogate-Gruppe als Betreiber sorgen. Diese Gruppe setzt sich aus den Firmen Eurogate (Bremerhaven) und Maersk (Kopenhagen) zusammen. Ob die National Container Company (Moskau) auch noch mit ins Boot steigt, ist angesichts der gegenwärtigen russischen Devisenknappheit ungewiss.

Eurogate hat Investitionskosten in Höhe von 350 Mio. Euro für das Umschlaginventar auf dem JWP-Terminal veranschlagt. Kaum anzunehmen, dass dieser Betrag ausgegeben wird, solange die Schiffe ausbleiben. Damit würden sich die Betreiber wohl ruinieren. Zur Zeit jedenfalls kann Eurogate nicht mal seine Terminals in Hamburg und Bremerhaven auslasten.

Gelingt es der Politik nicht bald, die Abwärtsspirale zu bremsen, dann werden Eurogate und Maersk ihre liebe Mühe damit haben, ihre Terminals in Bremerhaven und Hamburg bzw. ihre Containerschiffsflotte durch die Krise zu manövrieren. Einen schrumpfenden Containerumschlag auf noch mehr Terminals zu verteilen, verböte sich von selbst.

Das heißt, die Terminalbetreiber müssten ihre Investition in den JWP mindestens so lange zurückstellen, bis die Firma Eurogate ihre Terminals in Bremerhaven und Hamburg wieder auslasten kann und deren Umschlagleistung darüber hinaus noch weitere Zuwachsraten erwarten lässt.

Es ist also gar nicht so unwahrscheinlich, dass im Jahre 2012 die Umschlagbrücken auf dem fertigen JWP auf sich warten lassen. Vielleicht ist die aus Galgenhumor geborene Idee von der einzigen temperierten Badelagune an der Nordsee ein gar nicht mal so abwegiger Notausgang auf dem Weg zur "Boomtown Wilhelmshaven"? □



Nichts läuft mehr in Bremerhaven

An einem Strang

Die Natur- und Umweltverbände Wilhelmshavens melden sich zu Wort
(hk) Das hat bis vor einigen Monaten keiner für möglich gehalten: die Umweltverbände Wilhelmshavens wenden sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Zerstörung des Voslapper Grodens, plädieren fürs Grün in der Stadt und wenden sich gegen den Bau weiterer Kohlekraftwerke.

Wir dokumentieren die Resolution in voller Länge.

Zur Sicherung der Lebensqualität in den betroffenen Gemeinden haben die unterzeichnenden regionalen Verbände und Vereine einvernehmlich folgendes beschlossen:

Resolution

Erhalt der EU-Vogelschutz- und Naturschutzgebiete Voslapper Groden

Im Voslapper Groden hat sich über einen Zeitraum von mehr als 35 Jahren eine auf dem Festland Niedersachsens einmalige vielfältige Flora und Fauna entwickelt. Das Gebiet wurde deshalb nach europäischem und nationalem Recht unter Naturschutz gestellt.

✦ **Der Bestand dieser Naturschutz- und EU-Vogelschutzgebiete des Voslapper Grodens als Bestandteil des europaweiten Naturschutznetzwerkes "Natura 2000" ist, wie gesetzlich gefordert, dauerhaft zu sichern und auch als räumliche Trennung zwischen Industrie und Wohnbebauung in Voslapp zu belassen.**

Ein Eingriff in die Schutzgebiete im Voslapper Groden ist aufgrund der einmaligen Struktur - mit 24 Biotoptypen - faktisch nicht zu kompensieren.

Erhalt des Grünbestandes im Wilhelmshavener Stadtgebiet

Der Grünbestand im Bereich der Stadt Wilhelmshaven ist Lebensqualität für die Bürger und ein wichtiger natürlicher Filter und Kompensator gesundheitsschädlicher Emissionen der Wilhelmshavener Industrie.

✦ **Eine Minderung des Grün- und Baumbestandes in Wilhelmshaven ist dem gemäß unverantwortlich und umgehend einzustellen.**

✦ **Eine Erhöhung der Industrie-Emissionen muss mit einer Erhöhung des Baumbestandes vor Ort verbunden sein.**

Eine Verlagerung von rechtlich vorgeschriebenen Kompensationsmaßnahmen bei Eingriffen in Natur und Landschaft in entfernte Landkreise, wie kommunal geplant, bewirkt eine Gesundheitsverschlechterung und Minderung der Lebensqualität der Bürger vor Ort.

Erhalt der gesunden Umwelt in der Jaderegion

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat - ohne die Bürger zu befragen - den Bau von bis zu vier neuen Kohlekraftwerksblöcken ermöglicht. Deren Betrieb würde für Stadt und Region mit einer erheblichen Erhöhung gesundheitsschädlicher Emissionen verbunden sein.

Dies wäre gegenüber den Menschen der Region nicht zu verantworten und widerspräche den regionalen wie globalen Maßnahmen und Zielen zum Klimaschutz. Eine solche Ballung von Kohlekraftwerken würde dem Ansehen von Stadt und Region und dem Tourismus erheblich schaden.

✦ **Ein Betrieb von mehr als insgesamt zwei Kohlekraftwerken ist den Bürgern von Stadt und Region nicht zuzumuten und ist zu verhindern.**

✦ **Zur Immissionsentlastung der Region ist beim Betrieb von Kohlekraftwerken die Kraft-/ Wärmekopplung unerlässlich.**

Diese Resolution soll auch ein Signal an die politischen Entscheidungsträger sein, zu erkennen, wo die Grenze zwischen wirtschaftspolitischen Interessen und der Lebensqualität der Bürger liegt. Die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen sollte bei allen Entscheidungen vorrangig sein.

Unterzeichnet wurde die Resolution von *Biologische Schutzgemeinschaft Weser-Ems e.V. (BSH), Bund für Umwelt und Naturschutz Niedersachsen e.V. (BUND), Deutscher Alpenverein (DAV), Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU), Naturfreunde Deutschland e.V., Naturschutzbund Deutschland (NABU), Schutzgemeinschaft Jade Region e.V., Tierschutz-Aktiv-Friesland und Umzu e.V.*



Welchen einen hohen Stellenwert die Natur- und Umweltverbände dieser gemeinsamen Erklärung zuweisen, beweist die Tatsache, dass z.B. der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) dafür von seiner bisherigen eindeutigen Ablehnung des Baus von Kohlekraftwerken abging. In der Wilhelmshavener Zeitung war dazu zu lesen, dass Peter Hopp vom BUND klar machte, dass sein Verband über die Formulierung in der Resolution "Ein Betrieb von mehr als insgesamt zwei Kohlekraft-

werken ist den Bürgern von Stadt und Region nicht zuzumuten und ist zu verhindern" hinausgeht und jedes Kohlekraftwerk ablehnt. Warum dann allerdings die Kreisgruppe Wilhelmshaven des BUND diese Resolution mit unterzeichnet hat, bedarf mit Sicherheit der Klärung innerhalb des Verbandes und auch vor der Wilhelmshavener Öffentlichkeit, denn es reicht doch wohl, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt von den politischen Parteien für dumm verkauft werden.

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Frauenwohlfühltag
Urlaub in den
Alltag bringen!

Am Samstag,
den 18. April 2009
von 9.30 Uhr
bis 15.00 Uhr

Lassen Sie Sich von
qualifizierten Kräften zu
sozialen Preisen
verwöhnen.
Massagen, kosmetische
Gesichtspflege, Fußpflege
und Maniküre

Ein gemeinsames
Mittagessen wird um
12.30 Uhr angeboten.

Anmeldung mit Vorkasse
erforderlich!

Wir freuen uns auf Sie!

Öffnungszeiten
Café MüZe:

Dienstag bis Freitag
von 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr
Mittwoch + Freitag
von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Antifaschismus zweigeteilt

Am 28. März gab es in der Stadt gleichzeitig zwei unterschiedliche antifaschistische Aktionen und viel Polizei - und erfreulicherweise (fast) keine Faschisten

(mt / red) Am 9. Februar erschien auf der Homepage der Antifa Esens ein Aufruf zu einer antifaschistischen Demonstration am 28. März in Wilhelmshaven. Zur Begründung hieß es da, die Nazi-Strukturen in Wilhelmshaven hätten sich in den letzten Jahren verfestigt und an Popularität gewonnen, und das "Palazzo" sei – besonders freitags – eine Neonazi-Stammkneipe. "Also steht auf, es reicht uns! ES IST SCHLUSS MIT LUSTIG!", endete dieser Aufruf.

Die AG Wiking, die zum Glück in Wilhelmshaven eher unbedeutend ist, nahm diesen Aufruf zum Anlass, für denselben Tag zu einer Demonstration gegen den "Rotfaschismus" aufzurufen und bundesweit dafür zu mobilisieren.

Das Wilhelmshavener "Netzwerk gegen Rechts" bereitete zu der Zeit eine antifaschistische Demonstration für den 25. April vor, weil die DVU für diesen Tag eine Kundgebung in Wilhelmshaven angemeldet hat. Nach dem Aufruf der AG Wiking sah sich das Netzwerk genötigt, seinerseits eine Kundgebung am 28.3. abzuhalten.

Die Aktion der AG Wiking wurde verboten, die beiden antifaschistischen Aktionen dagegen durften stattfinden.

So kam es, dass am 28. März zwei unterschiedliche Gruppierungen getrennt voneinander ihre antifaschistischen Aktionen durchführten. Symbolträchtig um fünf vor zwölf versammelten sich auf dem Börsenplatz Vertreter von Gewerkschaften, SPD, Jusos, Grünen, MLPD, Kirchen und andere; gleichzeitig tummelten sich zwischen Nordseepassage und Hertie (auf "dem Rampla", wie es im Aufruf geheißen hatte) zahlreiche schwarz gekleidete junge Leute mit zum Teil sehr bunten Haaren. Natürlich war auch Polizei reichlich vertreten – mit ca. 250 Beamten kam beinahe auf jeden Demonstranten ein Polizist. Die einzigen, die nicht gesichtet wurden, waren die Neonazis.

Rechtsextreme suchen neue Wege

Redner der Kundgebung des Netzwerkes auf dem Börsenplatz waren Tim Sommer (SPD/Stopp Rechts), Norbert Schmidt (SPD / Ratsvorsitzender), Doro Jürgensen (Kreisvorsitzende DGB), Helmut Stumm (SPD-Kreisvorsitzender), Peter Sokolowski (Bündnis 90/Die Grünen) und Hannes und Konrad von Pentz (Rebell bzw. MLPD). Aus Platzgründen können wir nicht alle zitieren, hier einige Auszüge.

Doro Jürgensen wies eindrücklich darauf hin, dass es nicht übertrieben ist, vor der braunen Gefahr zu warnen. "Die rechtsextreme Szene in Deutschland ist vielschichtiger geworden. Neonazis setzen immer mehr auf Musik, lebensnahe Themen und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung, um Menschen für sich zu vereinnahmen. Sie versuchen auf unterschiedliche Weise Jung und Alt, Erwerbslose oder Beschäftigte zu erreichen. Und dabei ist ihnen jedes Mittel recht. Sie nutzen Gedenkveranstaltungen wie z. B. in Esens oder 1. Mai-Veranstaltungen wie in Hannover, in Sachsen-Anhalt richteten sie sogar Beratungsstellen für Erwerbslose ein ... Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus und tarnen dabei nur ihren Hass

auf Demokratie und Andersdenkende. Sie werben mit dem Schlagwort eines 'Nationalen Sozialismus' und meinen dabei eine faschistische Diktatur. NPD und DVU fungieren als parlamentarischer Arm, 'Freie Kameradschaften' und andere Neonazis sind für die Straßen zuständig." Die negative Abgrenzung zum Rassismus und Faschismus, so Jürgensen, reicht allein nicht aus: "Wir sehen es auch als unsere Aufgabe, die Ursache von Rechtsextremismus zu bekämpfen. Wir müssen gemeinsam Bündnisse gegen Rechts, aber und vor allem auch Bündnisse gegen Armut und Sozialabbau schmieden."

Norbert Schmidt rief die Erinnerung an die Geschehnisse des 9. November 1938 wach, als deutschlandweit, auch in Wilhelmshaven, unter dem Jubel umstehender Gaffer 12.000 Synagogen in Brand gesteckt und Zehntausende jüdische Mitbürger verschleppt, Hunderte allein in jenen Tagen ermordet wurden. "Aus dem deutschen Reich wurde eine kriminelle Vereinigung zum Zwecke des Massenmords an Juden. Zu hart ausgedrückt? Ich sage Nein!" Für ihn ist es unabdingbar, die Erinnerung wach zu halten: "Es liegt eine trügerische Ruhe über unserer Jetztzeit. Viele Menschen - leider auch viele junge Menschen - wollen die damalige Zeit und die Geschehnisse nur sehr verklärt zur Kenntnis nehmen. Sie versuchen wieder einmal in einer - zugegeben sehr kritischen wirtschaftlichen Zeit - Menschen auf ihre Seite zu ziehen. Klare Sprache, einfache Lösungen auf komplexe Fragen, vieles kommt mir bekannt vor. Rechte Parolen, rechtes Gedankengut, rechte Gewalt: Dagegen müssen wir aufstehen! Allen neonazistischen Aktivitäten müssen wir deshalb mit friedlichen Mitteln begegnen. Kein Raum den Neonazis in unserer Stadt Wilhelmshaven! Aufmärsche der Rechten dürfen nicht stattfinden!"

Klare Ansage. Mit einer kurzen Lesung aus "Und wenn wir nur eine Stunde gewinnen..." von Peter Schneider unterstrich Schmidt, dass auch im Dritten Reich Widerstand möglich war (es geht um die Frauen der "Rosenstraße", Frauen, die Widerstand leisteten, um ihre jüdischen Ehemänner frei zu bekommen – der faschistische Staat war machtlos dagegen – Anm. Gegenwind) und bis heute weiter nötig ist: "Es ist und bleibt unsere gemeinsame Aufgabe, nach unserer wiedergewonnenen Freiheit nach 1945, wachsam zu sein und zu bleiben."

Insgesamt hinterließ die Kundgebung das gute Gefühl, dass alle ernsthaft hinter der gemeinsamen Sache stehen – es gab keine partei- oder verbandspolitischen Sonntagsreden.

Die Veranstaltung auf dem Börsenplatz verlief friedlich, wie auch die Demonstration

des Arbeitskreises "Harlingerland gegen Rechts", welche fast ausschließlich von Autonomen durchgeführt wurde. Sie startete auf der Rambla gegen 13.00 Uhr und wurde an unterschiedlichen Stellen von einigen wenigen Neonazis gestört. Als die Demonstration auf dem Börsenplatz eine Pause einlegte, wurden die Teilnehmer durch ein Fenster eines Wohnhauses von Neonazis fotografiert.

Zum Ende der Demonstration bewegte sich der Zug auf der Bahnhofsstraße Richtung Nordseepassage und sollte eigentlich zurück zur Rambla. Jedoch bog der Zug spontan links in die Mitscherlichstraße ab, was unter den ca. 250 Mann starken Einsatzkräften der Polizei Verwirrung und Unruhe auslöste. Der Zug wurde von den Einsatzkräften gestoppt. Es kam zur Rebellion der Demonstranten, jedoch entschärfte sich die Situation schnell wieder, so dass es ohne Gewaltanwendung abging. □

Keine Rede gab es am 28.3. von der Partei DIE LINKE, was einige Leute nicht verstanden, da die WZ deren Presseerklärung nicht veröffentlicht hatte, in der es hieß: Erst nach einem Demonstrationaufruf einer Antifa-Gruppe für den 28. März meldete die AG Wiking eine "Gegendemonstration" für denselben Tag an - Grund für das Netzwerk, eine Kundgebung gegen Neonazis zu planen. Der Anlass ist herbeigeredet, doch viele Organisationen sehen sich nun genötigt, bei dieser Gelegenheit aufzutreten und einen Beitrag zu leisten. Wer nicht mitmacht, setzt sich dem Verdacht aus, nicht antifaschistisch zu sein; wer am Samstag fehlt, versäumt eine Gelegenheit, sich zu zeigen und zu profilieren. Die LINKE, Wilhelmshaven und die LAW lassen sich nicht zur Teilnahme an einer so zustande gekommenen Kundgebung nötigen.



Am Samstag, den 25.04.2009 veranstaltet die "Deutsche Volksunion" (DVU) ihren Auftakt zum Europawahlkampf auf dem Valoisplatz in Wilhelmshaven.

Das Wilhelmshavener Netzwerk gegen Rechts wird aus diesem Anlass am 25.04.2009 einen Aktionstag am Pumpwerk unter dem Motto "Bunt statt Braun" ausrichten.

Kleinkunst, Vorträge, Filme, Ausstellungen, Diskussionen und am Abend ein Rock gegen Rechts Konzert bilden das Rahmenprogramm zu diesem Tag des Antifaschismus.

Beginn des Aktionstages ist am Samstag, den 25.04.2009 um 11.00 Uhr am Pumpwerk.

Weitere Infos im Internet unter www.stop-rechts.de

Wupp di WUP

In dem Antrag auf Ausbau der Raffinerie muss noch einiges nachgebessert werden ...

(jm) Zwei Tage - am 3. und 4. März im Gorch-Fock-Haus - wurde das "Wilhelmshaven Upgrader Project" (WUP) der Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft (WRG) unter der Leitung des Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg erörtert. Fünf Einwender saßen den Vertretern der WRG sowie den zu diversen Sachbereichen des Umwelt- und Naturschutzes angeheuerten Gutachtern gegenüber.

Punkt für Punkt wurde das 2,2 Mrd. Euro teure Erweiterungsvorhaben durchleuchtet. Im Wesentlichen drehte es sich um die Luftreinhaltung sowie den Lärm- und Naturschutz. Zur Reinhaltung des Wassers wird ein weiteres Verfahren unter Leitung des Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz - voraussichtlich Ende April - anberaunt.

Jetzt muss die Gewerbeaufsicht den WRG-Antrag an Hand der Stellungnahmen der Einwender auf Einhaltung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, des Landes-Naturschutzgesetzes sowie der Naturschutzbestimmungen der Europäischen Union überprüfen.

► Einen Erfolg können die örtlichen Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) jetzt schon verbuchen:

Die WRG hat für einen ihrer 200 Meter hohen Schornsteine einen Emissionsgrenzwert für Stickoxide beantragt, der nur für Altanlagen zulässig ist. *(In diesem Artikel wurde darauf verzichtet, Einzelheiten zu wiederholen, die schon in der letzten Ausgabe des Gegenwind [Nr. 242] ausführlich dargestellt wurden.)* Das Gewerbeaufsichtsamte hat den Vertretern der Umweltverbände in Reaktion auf ihre diesbezügliche Einwendung versichert, dass die WRG auch bei dem sog. "Kamin Ost" die für Neuanlagen vorgeschriebenen Werte einhalten muss.

► In einem anderen Fall ging es um offensichtlich falsche Behauptungen des Antragstellers:

Die WRG hatte in ihrem WUP-Antrag angegeben, dass aus dem künftig mit elf Schornsteinen bestückten Raffineriekomplex nach der Anlagenerweiterung weniger Schwefeldioxide (SO₂), Stickoxide (NO_x) und Feinstäube emittiert werden als zur Zeit noch. Diese Angaben wurden von den Verbandsvertretern an Hand von auf Quellenangaben beruhenden Berechnungen in ihren schriftlichen Stellungnahmen widerlegt. Die WRG-Vertreter haben dem in der Erörterung nicht widersprochen.

► In einem weiteren der unzähligen Erörterungspunkte haben der BUND- und der LBU-Vertreter die Genehmigungsbehörde aufgefodert, eine von der WRG beantragte Ausnahmegenehmigung für eine 20%ige NO_x-Grenzwertüberschreitung abzulehnen. Es handelt sich dabei um die Emissionen aus zwei Wasserstofferzeugungsanlagen mit insgesamt 311 MW Feuerungswärmeleistung, in denen Schadgase über zwei Schornsteine in die Luft geblasen werden. Die WRG suchte anschließend zu begründen, weshalb sie den Einbau einer Entstickungsanlage nicht befürwortete: Man habe die Anlage schon auf möglichst geringe NO_x-Erzeugung optimiert. Für

die Einhaltung des Grenzwertes müsse eine Entstickungsanlage eingebaut werden. Das dabei eingesetzte Ammoniak wäre ja auch mit Umweltbelastungen verbunden.

Man darf gespannt sein, ob die Gewerbeaufsicht solchen Argumenten folgen wird, wo doch im Kohlekraftwerk auf dem Rüstersieler Groden Ammoniak zur NO_x-Rauchgaswäsche eingesetzt wird.

► Die Frage an die WRG, ob die Stadt Wilhelmshaven bzw. die Stromkonzerne SUEZ (ex- Electrabel) und E.ON an die WRG herangetreten seien, um die Möglichkeit einer Fernwärmeversorgung auszuloten, wurde dahingehend beantwortet, dass man keine zusätzliche Prozesswärme benötige, da man einen Wärmeüberschuss produziere. Die Gewerbeaufsicht bestätigte, dass Kraftwerksplaner dazu verpflichtet seien, nach Möglichkeiten der Einspeisung von Fernwärme zu suchen.

Von dem ursprünglich vorgesehenen Wärmekraftwerk habe die WRG im Rahmen einer Neukonzipierung des Ausbaus - in dem man auf einige Anlagenteile verzichtet und andere, wie den Koker, eingefügt habe - Abstand genommen.

► Einen breiten Raum nahm die Problematik des Koks-Handlings nach Ausschleusung des Petrolkoks-Rückstandes aus der Crackanlage "Koker" ein. Beim Zerkleinern, Abkühlen, Aufschütten, Umlagern und Transportieren steigen Gerüche, Stäube, und Lärm auf und breiten sich im Umland aus, was u.a. dem Touristenstandort Hooksiel Sorgen bereitet.

Der LBU und der BUND befragten die WRG-Vertreter nach der Möglichkeit, das Koks-Handling einzuhausen. Dies wurde mit der Begründung ausgeschlossen, dass der Kranführer in einem umschlossenen Raum den Schadstoffen ausgesetzt sei und zudem wegen des aus dem Abkühlbecken aufsteigenden Dampfes nichts sehen könne. Dem wurde entgegengehalten, dass der Kranführer den Kran auch außerhalb der Einhausung bedienen könne und dass es auch für das Sichtproblem sicher technische Lösungen gäbe.

Die Vertreter der Umweltverbände wiesen abschließend auf das Vermeidungsgebot im Umweltrecht hin. Auch die von der WRG beantragte Ausnahmegenehmigung für die Vertreibung wertbestimmender Vogelarten durch Lärm aus einem Teilgebiet des Natur- und Vogelschutzgebietes Voslapper Groden Nord sei nicht genehmigungsfähig. Es wurde dabei auf den Spruch des Oberlandesgerichts Lüneburg hingewiesen. Dies hat eine Schallschutzwand im Voslapper Groden Süd zur Abschirmung der Vögel vom künftigen Eisenbahnverkehrslärm angeordnet. Eine Ausnahmegenehmigung könnte beim Verwaltungsgericht daher wuppdIWUP im Papierkorb landen. □

TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Bier!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken
seit 1913!

SPOONER

Anziehsachen

Marktstr. 19
gegenüber Hertie
26382 WHV



www.myspace.com/spooneranziehsachen

NEU Gyroline T-shirts 14,99€

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Mehr Schatten als Licht

Ratsmehrheit für "Public Private Partnerships" auf der Kippe

(iz/hk) Noch vor gut einem Jahr sprach sich der Rat der Stadt mehrheitlich dafür aus, größere Investitionsvorhaben statt durch Bankkredite durch "Public Private Partnerships" zu finanzieren. Doch nicht nur Steuerzahler/innen, auch die Beschäftigten der Stadt sehen die so genannten "PPP"-Modelle kritisch. Die Gewerkschaft ver.di lud Politik und ExpertInnen zu einer Podiumsdiskussion, die auch bisherige Befürworter ins Grübeln brachte.

Vorab zum Verständnis der PPP-Modelle: Vorhaben wie z. B. Schulsanierungen werden von einem privaten Investor vorfinanziert und durchgeführt. Die Stadt mietet die Gebäude über einen längeren Zeitraum zurück, so lange sorgt der Investor (zumindest theoretisch) für die Instandhaltung. Aktuell sollen in Wilhelmshaven nach diesem Modell, mit einem Finanzvolumen von 37 Mio Euro, mehrere Schulen saniert werden – Anlass und Kernthema der Podiumsdiskussion, die Michael Ramke (ver.di) moderierte. Eingeladen waren Vertreter aller sechs im Rat vertretenen Parteien, Dieter Kanth als Vertreter von ver.di und städtischem Personalrat, und Robert Kösling, bundesweit tätiger Experte und Berater für urbane Infrastruktur und PPP.

Eingangs schilderte Kanth die wesentlichen Bedenken gegen PPP:

- Verlust von Tarifverträgen (wenn städtische in private Aufgaben umgewidmet werden),
- schlechterer Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten,
- Verlust politischer Steuerungsmöglichkeiten durch den Rat "bei Entscheidungen, die das Gesicht der Stadt über Jahrzehnte prägen".

Im Raum stand auch die Frage: Kommt die Stadt tatsächlich günstiger dabei weg als bei der Eigenerledigung mit Finanzierung durch Banken, bzw. wer macht bei dieser "Partnerschaft" das bessere Geschäft? Der Kreis Offenbach z. B. muss durch Einführung von PPP seit 2005 für die Gebäudebewirtschaftung der Schulen doppelt so viel Geld pro Jahr in den Haushalt einstellen wie bisher (60 statt 30 Millionen Euro). Seit dem Jahr 2003 hat sich die Verschuldung des Kreises mehr als vervierfacht. Und was passiert, wenn der Investor pleite geht? Für Kanth wirft die PPP-Option "mehr Schatten als Licht", und deshalb könne "von einer PPP-Euphorie in ganz Deutschland keine Rede sein". Kanth machte klar, dass etwas geschehen muss, "aber nicht mit PPP!"

Im Anschluss kamen die Ratsvertreter zu Wort. Die CDU (Michael Hellwig) steht weiterhin zu PPP und bezieht sich auf "bundesweit überwiegend gute Erfahrungen". Entlassungen städtischer Mitarbeiter habe seine Partei dabei aber schon in der Ratsdebatte (11/2007) ausgeschlossen. "Ganz offensiv für PPP" streitet die FDP (Michael von Teichman) und bezieht sich dabei auf Aussagen der N-Bank ("Beschlüsse brauchen Treiber") und ein Gutachten der Verwaltung. Weil die Kommunen die Lasten auf Dauer nicht mehr schultern können (gemeint ist ein Bauunterhaltungsrückstand von 30 bis 40 Mio. Euro), müssen PP-Partnerschaften "im Interesse derjenigen, die in den Gebäuden leben und arbeiten" realisiert werden.

SPD: Finger weg von PPP

Als lernfähig erwies sich SPD-Sprecher Siegfried Neumann, der mit einer aus seinem Munde ungewöhnlich klingenden Aussage in die Debatte einstieg: "Der Kapitalismus ist am Ende und der Sozialismus erlebt eine Renaissance". Zwar hatte seine Partei sich damals auch grundsätzlich dafür ausgesprochen, die PPP-Variante zu prüfen – jetzt nannte er einige Beispiele, die der Überprüfung nicht standhalten. So das "Contracting"-Modell mit den Stadtwerken zur Sanierung des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums. Als die Reparatur des Daches (unter dem die Diskussion stattfand) anstand, fühlten sich die Stadtwerke nicht zuständig. Auch der Umbau des City-Hauses – ein PPP-Modell zwischen der Stadt und ihrer Tochter Sparkasse – ist bis heute nicht zufriedenstellend umgesetzt. Neumann bezweifelt, dass sich in einem PPP-Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren alle Unwägbarkeiten regeln lassen. Sein Fazit: "Finger weg vom Riesenprojekt Schulsanierung – PPP derzeit lieber nicht!" Durch das Konjunkturpaket stünden ausreichend Gelder zur Verfügung, um – mit einem Anteil von einem Drittel städtischer Komplementärmittel – erst einmal die Sanierung der IGS anzugehen, womit ein Volumen

von 7 Mio. Euro schon abgearbeitet wäre.

Nachher ist keiner schuld

"Pleiten, Pech & Pannen" ist eine beliebte Verballhornung von PPP – für BASU-Sprecher Joachim Tjaden auch eine zutreffende. Seine Internetrecherche hat ergeben, dass in vielen Kommunen PPP-Projekte nach hinten losgegangen sind. Tjaden: "Die Bürgerinnen und Bürger haben das alles schon mit ihren Steuergeldern bezahlt, das Geld wurde aber einfach für andere Dinge ausgegeben." (Anm. d. Red.: Z. B. für die JadeWeserPort-Infobox, eigentlich eine Werbeveranstaltung der Hafengewirtschaft, oder die Versiegelung großer leerstehender Plätze ...) Ein großes Risiko sieht Tjaden im Konstrukt der privaten Sub-Sub-Sub-... Unternehmer: "Wenn etwas schief geht, ist nachher keiner schuld". Als Beispiel nannte er das Problem mit der Beckentemperatur im "Nautimo", das keiner beheben will.

Auch bei Werner Biehl, der für die Grünen auf dem Podium saß, überwog die Angst vor der Unwägbarkeit der PPP-Modelle. Er befürchtet, dass die Kommunen von den privaten Partnern über den Tisch gezogen werden. Doch für Biehl steht auch die Frage im Raum, wie der Renovierungs-/Investitionsstau beseitigt werden kann.

Für die LAW (Johann Janssen) ist die Übergabe öffentlicher Aufgaben, Eigentümer und Verantwortung an Private kein Thema. Janssen: "Mit PPP gibt man den eigenen Einfluss auf das Geschehen in den Schulen, ja zum Teil gar in der gesamten Kommune, aus der Hand."

So sah es am Ende des Abends nach einer klaren Mehrheit gegen PPP aus. Doch wie ging es dann weiter?

Entscheidung liegt beim Rat

Anfang März stimmte auch der Werksausschuss der Grundstücks- und Gebäudeservice Wilhelmshaven gegen die Weiterführung des Modells PPP. Doch im Rat ließen sich die etwas wackeligen Grünen zumindest für einen Kompromiss wieder mit ins Boot holen. Zusammen mit ihren ehemaligen "Jamaica"-Kollegen CDU und FDP und der Stimme des OB erreichten sie eine knappe Mehrheit für ein PPP-Testmodell: Für die geplante Zusammenlegung der verbliebenen Wilhelmshaver Gymnasien soll eine PPP-Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt werden. Die Entscheidung, ob dieses Projekt dann tatsächlich PPP-finanziert wird, liegt dann allerdings erneut beim Rat.

Es mag Beispiele geben, wo PPP sich wirtschaftlich ausgezahlt hat. Das Risiko ist für eine ohnehin überschuldete Stadt aber sehr hoch – siehe Offenbach. Und egal wie es ausgeht: Verlierer sind immer die Beschäftigten der betroffenen städtischen Einrichtungen – sie zahlen die Zeche dafür, dass der Investor ein (vermeintlich) günstiges Angebot unterbreitet und trotzdem satte Gewinne einstreicht.

Robert Kösling, Experte und Berater für urbane Infrastruktur und PPP berichtete, dass PPP durchaus auch Kostenvorteile bringen kann; er schränkte seine Aussage aber gleich ein: "Vorteile könnte es bei Neubauten geben – Sanierungsprojekte lohnen nie!" □

Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören.

Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung.

Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des

GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert.

Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

Gegenwind im Internet: www.gegenwind-whv.de

- Hier finden Sie die Meldungen, die wir in unserer Papierausgabe nicht mehr unterbringen konnten
- Hier finden Sie unsere Artikel oftmals in einer ausführlicheren Fassung
- Hier finden Sie alle Gegenwind-Artikel der letzten 12 Jahre

Siehe auch Seite 14: PPP: Kaum besser, aber viel teurer - "Versteckte Schulden belasten künftige Generationen".

Ratssplitter

vom 25. März 2009
fein gehobelt von Imke Zwoch

Das bisschen Haushalt macht sich bekanntlich von allein. Und so brauchten der Finanzausschuss (16.3.) und der Rat nur etwa je 10 Stunden, um ein Zahlenpaket zu diskutieren, das (mal ehrlich!) außer dem Kämmerer (HOFFentlich wenigstens der) keiner in Gänze durchblickt. Die Zahlen sprechen dafür, dass die Stadt Konkurs anmeldet und dicht macht (Licht ausmachen und Deiche schleifen) – doch in den Haushaltsreden BOOMte es gewaltig.

Wozu Personal?

Stellenplan und Umstrukturierung städtischer Beteiligungen waren Thema der "Aussprache" mit dem städtischen Personalrat. Dessen Vorsitzender Dieter Kanth fasste in seiner Ansprache an den Rat die Misere zusammen. Über 150 Stellen wurden in den letzten Jahren abgebaut. Stellen werden nicht wiederbesetzt, Auszubildende nicht übernommen. Die Verbleibenden können die Arbeit kaum noch wuppen. Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten liegt mittlerweile bei 47 (!) Jahren. Bis 2012 sollen jährlich 5,5 Mio Euro an Personal eingespart werden.

Gleichzeitig werden durch zunehmende Privatisierung städtischer Aufgaben die Arbeitsbedingungen immer schlechter. Private Anbieter z. B. im Bereich Gebäudereinigung können die Dumpingpreise, die der Stadt Geld sparen, nur durch Dumpinglöhne anbieten – keine Tariflöhne, keine Tarifarbeitszeiten, kein Kündigungsschutz. Das trifft auch Mitarbeiter, die durch Privatisierung städtischer Betriebe "outgesourct" werden.. Deshalb stellt sich der Personalrat auch klar gegen das "PPP-Modell" (Public Private Partnership), mit dem die Bewirtschaftung städtischer Gebäude auf private Investoren übergeht. Eine weitere Umstrukturierung der städtischen Gesellschaften bzw. Überführung in eine Anstalt Öffentlichen Rechts lehnt der Personalrat klar ab, zumal ihm keine Details vorgelegt wurden.

Die Haushaltsmisere ist dem Personalrat durchaus bewusst, kann aber nicht einseitig durch Personalabbau gelöst werden. Auch die Kommunalprüfung warnt davor, die Verwaltung durch Personalabbau totzusparen. Kanth bat den Rat, die Haushaltsunterlagen sorgfältig zu prüfen und die einzelnen Posten "nicht in Salamtaktik durchzuwinken". Und erinnerte aus gutem Grund: "Beschäftigte der Stadt sind auch Bürger!"

Trocken im Abgang

In der "Aussprache" mit dem Personalrat gab es dann genau 3 Reaktionen. ☹ Kämmerer Heiko Hoff: "Danke für die Haushaltsrede." Die vom Personalrat monierten offenen Fragen seien doch alle beantwortet. Und: Auf dem Weg aus der Haushaltsmisere dürfe sich keiner drücken. (Was kostet eigentlich so ein Kämmerer?)

Rechtsdezernent Jens Stoffers betonte, auch die Kommunalprüfungsanstalt hielte den erfolgten Stellenabbau für erforderlich, räumte aber ein, dass die Streichungen nicht – bzw. nicht ohne eine parallele Aufgabenkritik – fortgesetzt werden dürften. Außerdem seien nur 53 Stellen abgebaut und 120 nicht wiederbesetzt worden.. Insgesamt seien jetzt 135 Stellen "im Abgang", davon 122 durch "Umbuchung" auf die GGS (Grundstücks- und Gebäudeservice – Hausmeister, Gebäudereinigung). Ach, er meint das doch gar nicht so. Ist nun mal sein Job, menschliche Schicksale auf Statistiken und Paragraphen zu reduzieren, Hauptsache, das Komma stimmt.

Unser Eindruck: Alle reden vom papierlosen Büro, doch der Fortschritt geht in Wilhelmshaven noch weiter: Angepeilt ist das personallose Rathaus. Während städtische Mitarbeiter daran arbeiteten, dass vielleicht 50 Arbeitsplätze in einem neuen Kraftwerk entstehen, wurden im Rathaus über 150 Arbeitsplätze vernichtet, weitere folgen. Mitarbeiter bzw. deren Stellen werden auf Hartz IV "umgebucht". Wer heute noch glaubt, der öffentliche Dienst sei eine bequeme Hängematte, hat den Schuss nicht gehört.

Da war doch noch was? Ach ja, die dritte und letzte Wortmeldung zur "Aussprache mit dem Personalrat":

Unterirdisch

Für FDP-Sprecher von Teichman sind Beschäftigte der Stadt offenbar nur Bürger dritter Klasse. "Sie und Ihre Mitarbeiter", ließ er Kanth wissen, "haben einen völlig gesicherten Arbeitsplatz, und von dieser Warte aus betrachten Sie die Dinge". Herr von Teichman hat einen völlig gesicherten Arbeitsplatz, der es

ihm erlaubt, Stunden im Ratssaal zu verbringen und solche Sprüche abzusondern, ohne dass ihm dadurch existenzielle Nachteile entstünden. Weiter: An dem großen Druck, den städtische Mitarbeiter beklagen, seien sie selber schuld. Schließlich hätten sie ja selbst gefordert, die Wochenarbeitszeit zu reduzieren. Würden sie wieder 40 Stunden die Woche arbeiten, wäre die Arbeit gut zu schaffen. Zudem habe er "nicht den Eindruck, dass da immer ordentlich gearbeitet wird." Das Kopfschütteln im Ratssaal nahm zu – der laute Protest der Vorgesetzten, deren Mitarbeiter da gerade diskreditiert wurden, blieb leider aus. Kanths Kommentar: "Viele Dinge sprechen für sich." Wohl wahr.

Nur den Dezerenten bescheinigte von Teichman (in seiner Haushaltsrede), sie seien absolut mit Arbeit ausgelastet, da ginge nichts mehr. Das nenne ich Standesbewusstsein: Auf gut bezahlte Führungskräfte, mit denen man hernach im Ratskeller speist, lässt man nichts kommen!

Bemerkenswert auch, dass "vT" als Mediziner das städtische Krankenhaus als "totes Kapital" betrachtet. Und wir dachten bisher, das sei eine Einrichtung zur Behandlung kranker Menschen. Privatisieren! Wie auch die Reinigungsdienste, da ließe sich "ordentlich Geld sparen".

Auch für Arbeitslose hatte von Teichman die Lösung: Die könnten ihre "reichlich bemessene Freizeit" zum Beispiel für die Mitarbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr einsetzen. Laülala. Wann wird er endlich abgeholt? ☹☹☹

Große Vorbilder

Über die Haushaltsreden breiten wir mal den Mantel des Schweigens. Ein Trost, dass die Laufzeit des Worthülsengenerators auf je 7 Minuten beschränkt wurde, was meistens sogar klappte. Immer wieder schimmerte die Vision vom großen Boom durch, die Zahlen des Kämmerers machten eher Angst und Bange – zusammen verzeichnen alle Dezerenate ein Defizit von 113,5 Mio Euro. Große Vorbilder wurden zitiert, als Zeichen der humanistischen Bildung, oder als Zeichen, dass man Google bedienen kann. Menzel traf mit Werner Finck keine schlechte Wahl – aber hat er das Zitat des Kabarettisten auch richtig verstanden? "Es kann nicht Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun, Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und populär zu machen." Günter Reuter (CDU) zitierte Hoff (den Kämmerer) und Salomon, von Teichman die "Ruck"-Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog, Werner Biehl (Grüne) erzählte eine Fabel über Mäusenster.

Uns fällt zum Thema "Boom" als großes Vorbild nur John Lee Hooker ein: "Boom boom boom boom, I'm gonna shoot you right down, right offa your feet ...".

Jamaica reloaded

Lange hatte die nach der letzten Kommunalwahl gebildete schwarzgelbgrüne Koalition im Rat nicht gehalten. Jetzt schaffte es der Oberbürgermeister, "Jamaica" wieder zusammenzuschweißen, indem er seine Stimme mit in den Ring warf – gegen die eigenen SPD-Genossen. Auf diese Weise gab es eine 23:22-Mehrheit für einen PPP-Kompromiss (s. Artikel S.7) und die Neuordnung der städtischen Beteiligungen. Und für die Erhöhung



JONATHAN

NATURKOST

Die Bio-Frische in Wilhelmshaven

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438

Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

der Schmutzwassergebühr (obwohl die Entsorgungsbetriebe schon jetzt ordentliche Gewinne schreiben). Was sagt Werner Finck dazu? "Was in der Politik noch fehlt, ist ein Machthungerstreik."

Kröten schlucken

Joachim Tjaden nutzte in der Haushaltsdebatte die allgemeine Planlosigkeit, um die Linie der BASU vorzugeben. Da hatten die anderen wenigstens etwas, das sie annehmen oder auch ablehnen konnten. So verteilte er die "Kröten", die im Sinne eines gemeinsamen Haushaltskonzepts von den verschiedenen Fraktionen – auch seiner - zu schlucken wären. Hier eine Auswahl: *Die BASU stimmt der Umstrukturierung in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) zu - unter der Voraussetzung, dass diese durch ein Gremium aus 15 Ratsvertretern kontrolliert wird, in dem jede Fraktion stimmberechtigt vertreten ist. Alle Dienstposten, Gehälter, Zulagen und Rechte der Mitarbeiter in der AÖR bleiben unverändert erhalten. Alle Fraktionen erhalten in den Kontrollgremien der Gesellschaften/ Beteiligungen und Eigenbetriebe zumindest einen Sitz mit beratender Stimme. Die Gewerbesteuer wird auf 460 % erhöht. Die Grundsteuer bleibt unverändert.*

Die Krötenwanderung hielt sich dann aber in Grenzen, alle hatten Schluckbeschwerden - s. Ergebnisse in anderen Einzelbeiträgen.

Boomtown ohne Sinn und Zweck

Gebetsmühlenartig wird den Bürgern vorge-rechnet, dass Gewerbe- und Industrieansiedlungen wahre Reichtümer in die Kassen spülen und dafür eben auch das letzte Stück Natur in der Stadt vernichtet werden muss. In Wahrheit geht die Stadt Jahre nach einer erfolgten Ansiedlung erst mal leer aus, weil die Investitionen vorerst abgeschrieben werden dürfen. Erstaunt und erschüttert zeigt man sich angesichts eines drastischen Einbruchs an Gewerbesteuern, der sich aber Jahre im Voraus berechnen ließ. Warum bitte ist dann die Ratsmehrheit zu feige, die Gewerbesteuer zu erhöhen? Angeblich reißen sich die Betriebe darum, sich hier ansiedeln zu dürfen, warum sollte sie so was abschrecken? Klar wollen Investoren ein Stück weit gehegt und gepflegt werden. Doch nur von der Liebe der Wirtschaftsbosse für die netten Politiker kann des Kämmerers Sparschwein nicht leben. Auch nicht von den schönen Fotos, die Verwaltungsspitze und Wirtschaftsvertreter bei allerlei festlichen Anlässen in trauer Gemeinschaft zeigen. "Wichtig ist, was hinten rauskommt" sprach schon der dicke Kohl. Das ist in diesem Fall nur heiße Luft, auch Furz genannt.

Wenig Spielraum

Nicht nur Schulen, auch Spielplätze werden angesichts der schrumpfenden Wilhelmshavener Kinderschar eingedampft. Auch weil zur Pflege der Plätze nicht mal halb soviel Geld da ist wie noch vor 20 Jahren. Der Bedarf soll der unterschiedlichen Nachwuchsdichte in den verschiedenen Stadtteilen angepasst werden. Spielplätze sollen auch "Begegnungsräume" für Jung und Alt werden, da sie von Senioren gern zum Verweilen angenommen werden (wohl mehr auf der Sitzbank als auf dem Klettergerüst). Johann Janssen (LAW) merkte an, dass die Nachbarschaft, Bürgervereine etc. in die Konzeption von

Spielplätzen eingebunden werden müssen. Ein guter Anfang, aber nicht genug. Was uns nämlich befremdete, ist: Die Vorlage kommt als statistisch-wirtschaftliches Zahlenwerk daher, ohne tatsächliche Bedürfnisse der Kinder oder Zusammenhänge mit der Veränderung des Stadtbildes zu analysieren. Nur am Rande wird dies angerissen: "Bauvereine weisen in der Regel erhebliche Grünanteile hinter ihren Häusern auf und benötigen weniger Spielräume, sofern die Freiflächen von den Mietern genutzt werden dürfen. Große Grünflächen in der Nachbarschaft drücken ebenfalls den Spielraumbedarf. Dazu zählen beispielsweise der Stadtpark, Siebethsburg ... sowie Stadtbild prägende Grünachsen wie (das) Brommygrün. Neue Einfamilienhausgebiete sind in der Regel dem Kinderspielplatzgesetz entsprechend ausgerüstet und liegen in der Regel weit über dem tatsächlichen Bedarf." Unsere Fragen: Wollen Kinder wirklich DIN-genormte Spielplätze mit TÜV-geprüften Spielgeräten, die zudem hohen Pflege-/Kostenaufwand erfordern? Die Erkenntnis, dass naturnahe Erlebnisräume wie der Stadtpark diese mehr als ersetzen, scheint doch vorhanden zu sein. Warum wird dann weiter abgeholzt im Stadtgebiet, warum wird auch die letzte Brachfläche, die Raum für eigene phantasievolle Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten lässt, platt gemacht, bebaut, als Parkplatz befestigt? Warum gibt es sterile Rasenflächen, die für Kinder nicht nutzbar sind? Wo sollen die Gören noch Cowboy und Indianer spielen, umgeben von Vogelgezwitscher? Hier muss dringend in eine ganz andere Richtung gedacht werden!!! ☺

Lagunen-Boom

9.000 Euro soll eine Vorstudie zur "Hartmann-Lagune" am Südstrand kosten. Angedacht ist eine abgedämmte Riesen-Badewanne, die frei vom Einfluss der Gezeiten ist und auch von Fäkalien, die aus Richtung Banter Siel deichnah vorbeischwabbeln. Dabei hat der Gegenwind längst eine kostenlose Vorstudie geliefert (s. Titelbild Ausgabe Nr. 240 vom November 2008), mit der SPD-Lagunen-Fan Hans Hartmann bereits hausieren geht. (Mit einer Spende von 90 Euro an den Gegenwind wären wir übrigens schon zufrieden.) Doch die Konkurrenz schläft nicht. Joachim Tjaden hat ein ausführliches Konzept für eine Lagune südlich des ehemaligen Geniusstrandes entwickelt, das kaum zu toppen ist: Hier kann man nicht nur schwimmen mit Aussicht auf die JadeWeserPort-Baustelle, das Wasser ließe sich mit der Abwärme der Kohlekraftwerke ganzjährig kostenlos auf tropische Temperaturen erwärmen. Die Tjaden-Lagune (mit ebenfalls 9.000 Euro für eine Vorstudie) war allerdings nur ein vorgezogener Aprilscherz, der die absurde Idee, eine Südstrand-Lagune auch noch über eine kilometerlange Leitung mit Kraftwerks-Abwärme zu beheizen, vorführen sollte. Als im Haushalt gar kein Ansatz für die Südstrandlagune auftauchte, stimmte die BASU gegen den eigenen Gegenvorschlag – der Gag sollte ja Kosten sparen und keine erzeugen.

Todschild in die Pleite

Mitte April soll das "Columbia"-Hotel an der Jadestraße eröffnen. Die Stadt lässt sich nicht lumpen und spendiert den Betreibern das passende Umfeld: In Fortsetzung des Valois- und des Gotthilf-Hagen-Platzes wird die

Minicar Dirks

☎ 772211



Wir helfen mit, die Umwelt zu schonen: Die Hälfte unseres Fuhrparks fährt auf Erdgas bzw. LPG.

Jade-Allee (neuer Name) durchgepflastert bis zur Emsstraße. Kann man machen, muss man aber nicht, wenn es an wirklich wichtigen Ecken (Personal, Schulen etc.) derart kneift. Es werden kaum mehr Gäste dort langflanieren, nur um eine weitere voll versiegelte Fläche zu besichtigen. Und: Verkehrsberuhigung an der "Maritimen Meile" ist ja ganz nett – aber wohin mit dem (Schwerlast-)Verkehr, der von Westen her Richtung Südstrand und Arsenalgelände fließt? Da soll jetzt wohl der Anton-Dohm-Weg dran glauben (eine bislang eher ruhige Verbindung entlang der Erholungsgebiete am Banter See und Seedeich), mit Anschluss über die Planckstraße, wofür dann noch mehr Geld versenkt und Grün vernichtet wird. "Die Entwicklungen, die sich hier vollziehen, gibt es in keiner anderen Stadt" sprach der OB – na gut, er hat was anderes damit gemeint.

Die Zuschüsse aus Fördertöpfen sind natürlich verlockend, die will Menzel "schnell in die Wirtschaft, den Mittelstand, das Handwerk hineingeben", der Rest kommt aus dem Stadtsäckel. Die Baufirmen freut es – aber welche langfristigen Vorteile haben die BürgerInnen davon ???

Fiii-naa-le, oh-oh

Ach ja, da war ja noch was: Wie entschied man sich nun am Ende in Haushaltsfragen? Die Crux: Ohne einen genehmigungsfähigen Haushalt, was heißt: ohne Kröten zu schlucken, kommt man nicht an das leckere Konjunkturprogramm. So wurde die Haushaltsatzung 2009/2010 nach 9 Stunden verbaler Differenzen mehrheitlich beschlossen.

Lassen wir zum Schluss noch mal Werner Finck zu Wort kommen: "Eine Konferenz ist eine Sitzung, bei der viele hineingehen und wenig herauskommt." ☐



hartz IV und recht

Systemfehler

Die Stadt Wilhelmshaven will sich noch nicht geschlagen geben - die Arbeitslosen müssen weiterhin verzichten

(noa) Bis letzten Monat war der GEGENWIND überwiegend allein mit der Berichterstattung über das Thema "Kosten der Unterkunft" für die EmpfängerInnen sozialer Transferleistungen. Im Februar, als das Urteil des Landessozialgerichts vom 11.12.08 schriftlich vorlag, änderte sich das.

Die Wilhelmshavener Zeitung (WZ) berichtete am 23.02. über das Urteil. Die Arbeitsloseninitiative veranstaltete eine Pressekonferenz, über die die WZ am 26.02. schrieb. Der Sozialausschuss sprach sich dafür aus, gegen das Urteil Revision einzulegen; am 27.02. gab es darüber gleich zwei Artikel in der WZ. Am 28.02. gab es einen Kommentar des Chefredakteurs. Fünfmal die Kosten der Unterkunft innerhalb einer Woche in der WZ - das hat es noch nie gegeben! Und in der folgenden Woche ging es gleich weiter mit der Berichterstattung.

Kurios

Dabei gab es eine Kuriosität: Jens Stoffers, der Sozialdezernent der Stadt und als solcher mit dem Thema KdU befasst, ließ verbreiten, dass die Stadt "in den meisten Punkten obsiegt habe". Wie soll man das verstehen?

Wir haben in unserer letzten Ausgabe aus dem Urteil zitiert: "aa) Die Ermittlungen des Beklagten beruhen ... auf einer ausreichenden Datengrundlage. ... bb) Es begegnet auch keinen durchgreifenden Bedenken, dass die Ermittlung der Unterkunftskosten nicht durch eigene Mitarbeiter des Beklagten, sondern durch Mitarbeiter der kommunalen Kostenträgerin, der Stadt Wilhelmshaven, durchgeführt worden ist. ... cc) Die von Mitarbeitern der Stadt Wilhelmshaven durchgeführten Ermittlungen beruhten auch auf einem schlüssigen Konzept. ..."

Alles prima beim Vorgehen der Stadtverwaltung. Nur das Entscheidende war falsch: Mit den von den richtigen Leuten richtig erhobenen richtigen Daten hat die Stadt etwas Falsches gemacht und ist dadurch auf ein falsches Ergebnis gekommen. Wie man angesichts dessen behaupten kann, in vielen Punkten obsiegt zu haben, ist vollkommen unklar. Auch Alfred Kroll, der Anwalt, der das Musterverfahren geführt hat und der ALI-Versammlung am 10. März das Urteil erläuterte, schien darüber fast ein wenig fassungslos.

Aussichtslos

Die Revision, die das Job-Center nun beim Bundessozialgericht einlegen wird, so schätzt Kroll das ein, hat keine Aussicht auf Erfolg. Bei einer Revision geht es nicht um den Inhalt des angefochtenen Urteils, son-

dern darum, ob das Verfahren korrekt gelaufen ist und derlei formale Fragen. Wer das Urteil genau durchliest, wird feststellen: Das Landessozialgericht hat alle Beweismittel berücksichtigt, jeden Vortrag gewürdigt und sich bei der Urteilsbegründung auf höchstrichterliche Rechtsprechung bezogen. Stoffers sieht jedoch einen "Systemfehler" im Urteil, wozu Kroll meint, der Systemfehler liege eher bei Stoffers selber.

Zu spät

Uwe Reese, SPD-Ratsherr, war bei dieser ALI-Versammlung, und er warf Kroll vor, die Sache zu "emotionalisieren". Offenbar kann er das alles ganz leidenschaftslos sehen, aber immerhin brachte er gute neue Mär: Die betroffenen Erwerbslosen haben endlich im Rat der Stadt Unterstützung dazugewonnen. Johann Janssen von der LAW war bisher der einzige, der die Interessen der Hartz IV-Betroffenen im Rat vertrat, und nun, so Reese, ist auch die SPD dafür, dass diese ihre Miete bezahlt bekommen. "Die SPD kämpft für die Armen", sagte Reese.

Ob das jedoch irgendetwas hilft, ist fraglich. Die Frage, ob Revision gegen das Urteil eingelegt wird, soll nicht im Rat entschieden werden. Im Rat könnte sich wohl eine Mehrheit für die Rücknahme der Revision finden,

die aber laut WZ vom 20. März schon beschlossene Sache ist.

Emotional

Laut Angaben von Stoffers gegenüber der WZ sind 1500 Bedarfsgemeinschaften von dem Thema betroffen, und in den beiden Fällen, die jetzt am 11.12.08 entschieden wurden, waren die Kläger sogar sehr massiv betroffen: Sie erlitten faktisch eine 25%ige Regelsatzkürzung. (Das Urteil des zweiten Verfahrens - Az: L 13 AS 210/08 -, das gleichzeitig verhandelt wurde, ist jetzt auch geschrieben worden. Es betrifft einen allein lebenden Mann, der monatlich 86,50 Euro aus dem Regelsatz zur Miete beitragen musste - d.h., es blieben ihm nur 264,50 Euro zum Leben!)

Ja, stimmt: Da wird Alfred Kroll emotional. Er spricht vom Artikel 1 des Grundgesetzes, in dem es um die Würde des Menschen geht, erinnert an die §§ 20 und 35 SGB X, in denen die Verpflichtung der Ämter zu transparentem und fairem Verwaltungshandeln gefordert wird, rügt das Job-Center Wilhelmshaven, das bewusst von der ständigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts abgewichen ist und fragt schließlich, ob das Verhalten der Amtsträger hier nicht Konsequenzen haben muss. Eine seiner Ideen dazu geht in Richtung Untersuchungsausschuss. Die Frage in einem Untersuchungsausschuss könnte lauten, inwieweit das Job-Center über Jahre hinweg die Sozialgerichte an der Nase herumgeführt hat. Immer wieder sind die Vertreter des Job-Centers gefragt worden, wie sie zu ihren Miethöchstgrenzen gekommen sind, und "das Job-Center hat die Katze vier Jahre lang im Sack gelassen", wie Kroll es ausdrückt. Dass bei deren Berechnung 40 statt 50 Quadratmeter zugrunde gelegt worden sind, hat die Behörde erstmalig am 11. Dezember vorgetragen. Und hier sieht Kroll einen Verstoß gegen die prozessuale Wahrheitspflicht und fragt, ob die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen werden können.

Fragen...

Für die Wilhelmshavener Öffentlichkeit - also z.B. in der WZ-Berichterstattung - sieht es so aus, als sei Jens Stoffers federführend in der Frage der KdU. Wolfgang Burkert, der Geschäftsführer des Job-Centers, kam in den letzten Wochen nicht einmal zu Wort. Auf einer ALI-Versammlung hat er einmal gesagt, seine Behörde tue in dieser Frage das, was die Stadt vorgibt. Gehen wir also mal davon aus, das es um Stoffers geht: Man könnte in einem Untersuchungsausschuss auch die Frage aufwerfen, inwieweit es in Ordnung ist, mit dem eigenen Verwaltungshandeln einer anderen Behörde ständig Kosten zu verursachen, denn vor Gericht steht jeweils das Job-Center, und es zahlt auch jeweils die Gerichtskosten aus seinem Verwaltungsetat, also zu Lasten z.B. seiner Personalausstattung.

... über Fragen

Die bei der ALI-Versammlung Anwesenden hatten aber ganz andere Fragen: Was ist mit den Empfängern von Grundsicherung? Da die Frage der Unterkunftskosten im SGB II und im SGB XII deckungsgleich gefasst ist, kann das Urteil, wenn es dann endlich rechtskräftig wird, 1:1 auf GrundsicherungsempfängerInnen übertragen werden - es werden also

Beratung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland

Jever: Jugendhaus, Dr. Fritz-Blume-Weg 2, jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

Sande: Jugendzentrum, Hauptstraße 78, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

Varel: DGB-Büro, HansasträÙe 9a, jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr

Wilhelmshaven: Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, jeden Montag und Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr

Monatsversammlung: jd. 2. Dienstag im Monat



zu den von Stoffers angegebenen 1500 Bedarfsgemeinschaften noch einige Menschen mehr dazukommen.

Was ist mit den Heizkosten? Die müssen in tatsächlicher Höhe übernommen werden.

Kann man eigentlich Zinsen für das ganze vorgestreckte Geld verlangen? Ja, 4% Verzinsung ist üblich, wenn man in Vorlage gehen muss.

Reicht es, wenn man das Revisionsurteil abwartet, bevor man seine Ansprüche geltend macht? Nein, einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X kann man nur vier Jahre rückwirkend stellen - dann allerdings noch das ganze Jahr. Was wir in der letzten Ausgabe geschrieben haben (*"Auf jeden Fall müssen Betroffene das jetzt schnell machen. Überprüfungsanträge kann man nämlich nur vier Jahre rückwirkend stellen, und das heißt, dass man jetzt noch alle Bescheide ab Mitte Februar 2005 überprüfen lassen kann"*), stimmt also so nicht - die Betroffenen haben noch bis Ende 2009 Zeit, diesen Antrag zu stellen.

Offenbar tun aber viele es zurzeit schon. Bei Job-Center reagiert man jedenfalls schon ganz nervös auf den Flugblattverteiler der LINKEN, die unter dem Titel "Kein Geld verschenken - Überprüfungsantrag stellen" erklärt, wie's geht.

Überprüfungsantrag stellen!

Was hat die Stadt von der Revision, wenn sie sie doch bestimmt verlieren wird? Das könnte mit der begrenzten Möglichkeit einer Überprüfung vergangener Bescheide zu tun haben: Wer tatsächlich das Revisionsurteil abwartet, bevor er den Überprüfungsantrag stellt, kommt auf jeden Fall zu spät, denn zwei Jahre dauert das gewiss - da könnte die Stadt eine Menge Geld sparen.

Muss die Stadt denn nicht allen, denen sie seit 2005 Geld vorenthalten hat, unaufgefordert und ohne Antrag diese einbehaltenen Summen geben? Diese Frage der Gegenwindlerin rief nur schallendes Gelächter hervor. ☐

meldungen

Das

erzähle ich gerne weiter: Ermutigt durch unsere Berichterstattung über erfolgreiche Widersprüche und Klagen im Zusammenhang mit Hartz IV traute sich auch W. H. aus Wilhelmshaven, sich zu wehren. Ganz allein, also ohne ALI oder Anwalt, klagte er gegen das Job-Center, das ihm die Erstattung von Bewerbungskosten und die Zahlung von Nebenkosten für seine Wohnung wie auch eines Teil der Unterkunftskosten verweigert hatte. Innerhalb einer halben Stunde wurden jüngst vor dem Sozialgericht die drei Klagen verhandelt und zu Gunsten des Arbeitslosen entschieden. Gut 420 Euro, die das Job-Center ihm vorenthalten hatte, konnte er so erstreiten - das ist mehr als der Regelsatz für einen Monat. (noa)

Sehr großes Interesse

fand am 24.03.09 eine Veranstaltung des Arbeitskreises Frauen und Gesundheit. Ein Vortrag der Wilhelmshavener Ärztin Dr. Antje Zitzelsberger zu Depressionen war so gut besucht, dass Dutzende von Interessierten schlichtweg keinen Platz im Saal fanden und wieder weggeschickt werden mussten. Das große Interesse an diesem Thema verwundert nicht: Jüngste Untersuchungen haben ein Anwachsen psychischer Erkrankungen seit Hartz IV erwiesen - nicht nur unter Langzeitarbeitslosen, sondern auch unter Menschen, die noch in Arbeit stehen, den Druck drohender Arbeitslosigkeit und damit verbundener Armut aber spüren. Wie die anderen, die keinen Platz mehr fanden, hofft auch die Gegenwindlerin, die vergebens gekommen war, auf eine Wiederholung der Veranstaltung. (noa)



Ich möchte sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname..... Name:.....

Straße:..... PLZ, Wohnort:.....

Geburtsdatum:..... Telefon:.....

Ich bin damit einverstanden, dass der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von Euro (mind. 4 Euro) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto:..... Bank:..... Bankleitzahl..... zugunsten des GEGENWIND-Kontos bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.

Ort:..... Datum:.....

Unterschrift:.....

Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen
Absenden an: GEGENWIND, Adolfstr. 21, 26382 Wilhelmshaven oder eine eMail an: gegenwind.whv@t-online.de

Früherkennung in guten Händen

In der Mammografie-Screening Praxis (Marktstraße 1) steht seit kurzem eines der modernsten Röntgengeräte zur Früherkennung von Brustkrebs. Die digitalen Aufnahmen sind noch genauer als bisher, und der Röntgenvorgang ist für die Frau noch schonender. Auch wurden die Räumlichkeiten beim Umbau freundlicher gestaltet. Die direkt benachbarte Radiologie-Praxis ist organisatorisch davon getrennt, beide Einrichtungen profitieren jedoch von der engen Zusammenarbeit: Mit dem Tomographen der Radiologen können auch Befunde aus dem Screening auf kurzem Wege abgeklärt werden, umgekehrt ist das hochwertige Mammografie-Gerät auch für Brustuntersuchungen außerhalb des Screenings nutzbar. Nach mehreren Jahren zeigt das Screening-Programm in der Region deutliche Erfolge: Durch die regelmäßige Teilnahme (alle Frauen zwischen 50 und 69 Jahren werden im 2-jährigen Rhythmus zur Mammografie eingeladen, deren Kosten die Kassen übernehmen) geht der Anteil der größeren Tumore, die gefunden werden, erfreulich zurück. Früh

erkannte, kleine Tumore und Vorstadien können rechtzeitig behandelt werden, und die Chancen, eine Brustkrebserkrankung zu überleben, steigen beträchtlich. Unlängst war im Sonntagsblatt ein sehr kritisch-ablehnender Bericht zum Mammografie-Screening-Programm zu lesen, der im Wesentlichen auf einer eher reißerischen Darstellung im "Focus" basierte. Da wurde z. B. moniert, dass eine ganze symptomfreie Bevölkerungsgruppe zur Reihenuntersuchung eingeladen wird und dadurch in Panik versetzt würde. Aber Symptomfreiheit ist bei allen Vorsorgeuntersuchungen der Fall - wenn sich bereits Zeichen einer Erkrankung zeigen, ist es ja keine Vorsorge mehr, sondern es geht gleich in die Therapie. Auch für andere häufige Tumorerkrankungen wie Haut-, Darm- oder Prostatakrebs bieten die Kassen Früherkennungsmaßnahmen an - die Teilnahme ist freiwillig, auch beim Mammografiescreening. Weiterhin unterstellt der "Focus", das Screening bzw. daraus resultierende Therapien seien reine Geldschneiderei. Oft würden Knoten entfernt (mit nachfolgender Chemo- und Strahlentherapie), die vielleicht von

selbst verschwunden wären. Wer gern Russisch Roulette spielt, kann natürlich auf Selbstheilung bauen und dem Gesundheitssystem damit viel Geld sparen. Folgerichtig sollten dann aber auch verdächtige Pigmentflecken in der Haut verbleiben und boshafte Polypen in der Darmwand. Will sagen: Dies ist der bekannte Stil "moderner" Nachrichtenmagazine, sich auf ein Thema zu stürzen und einzelne Aspekte so aus dem Gesamtzusammenhang zu reißen, dass sie eine vorgefertigte Meinung möglichst untermauern. Keiner behauptet, dass Pharmakonzerne nicht ordentlich Gewinne machen. Keiner der beteiligten Ärzte behauptet, das Screening hätte nicht Vor- und Nachteile. Die wurden auch von den Kassen sorgfältig gegeneinander abgewogen, ehe sie sich, nach einer ausführlichen Pilotphase, für grundsätzliche Übernahme der Kosten entschieden. Doch wenn es um Leben und Tod geht - und noch sterben jährlich 17.000 Frauen in Deutschland infolge einer Brustkrebserkrankung - dann ist doch beim kleinsten Ausschlag Richtung "Leben" die Entscheidung klar. (iz)

Besser geworden?

Eine aufschlussreiche ver.di-Veranstaltung zu Hartz IV

(noa) "Begünstigen ARGE-Job-Center prekäre Beschäftigung?", lautete der Titel einer Veranstaltung der Gewerkschaft ver.di am 16. März in Schortens. Um diese Frage zu beantworten, hätte man die zwei Stunden nicht benötigt. Doch was die Referentin Carmen Giss sonst noch vortrug, war uns zum großen Teil neu.

Frau Giss ist die Geschäftsführerin des Job-Centers Friesland und sagte gleich zu Beginn, dass sie die Frage provozierend finde und sie so nicht beantworten könne. "Inwiefern sind wir verpflichtet, prekäre Beschäftigung zu vermitteln?", das sei zutreffender.

Moderne Dienstleistungen

6 Millionen Menschen bezogen Anfang 2005, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes, Leistungen nach dem SGB II, das nach seinem Namensgeber Peter "Hartz IV" genannt wird. Obwohl sie den Namen "unglücklich" findet, benutzte auch Carmen Giss ihn, als sie berichtete, dass bis Ende 2007 von diesen 6 Millionen drei immer noch im Bezug standen. Man bekommt die Zahlen immer erst mit großer zeitlicher Verzögerung, so dass die Entwicklung in den letzten 15 Monaten nicht erfasst ist, doch die Tatsache, dass 3 Millionen Menschen drei Jahre lang überhaupt nichts von den "modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (Titel der Hartz-Gesetze) hatten, ist schon interessant. Und natürlich kann man aus der Angabe "drei von sechs Millionen" keineswegs schließen, dass es "nur noch" drei Millionen gäbe – es kommen ja laufend welche dazu. 12 Millionen Personen, das sind 18 % der Erwerbsfähigen, waren seit Beginn der Gültigkeit des Gesetzes mindestens einen Monat lang im Bezug von Arbeitslosengeld II. Angesichts dieser Zahl findet Giss die Stigmatisierung dieser Menschen "überheblich".

Wer aus dem Bezug von Alg II relativ schnell wieder rauskommt, das sind kinderlose Paare und Alleinstehende. Die sind am besten zu integrieren, sofern sie eine berufliche Qualifikation besitzen. Weit schwerer zu vermitteln sind Alleinerziehende; von ihnen sind nach drei Jahren 50 % immer noch arbeitslos.

Die Besserung der Arbeitsergebnisse der Job-Center in den Jahren 2006/07 erklärt Frau Giss selbstbewusst so: "Wir sind besser geworden." Die Beschäftigten der ARGEn würden umfassend qualifiziert, und zusätzliches Personal werde eingestellt. Allerdings weiß auch Giss von großer Fluktuation des Personals in den Job-Centern zu berichten. Es gibt dort viele befristet Beschäftigte, und die Belastung des Personals ist hoch.

Von den 6,7 Millionen SGB II-"Fällen" sind 2 Millionen erwerbsfähig, also im Sinne des Gesetzes hilfebedürftig. Die übrigen sind Kinder, Aufstocker (also Menschen, die trotz Arbeit nicht genug zum Leben verdienen) und Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren (denen es nicht zugemutet wird, arbeiten zu gehen).

Bezüglich der Aufstocker betonte Giss, dass wir hier noch keine amerikanischen Verhältnisse haben: 5 % der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland sind "working poor" – in den USA sind es schon 10 %.

Als "prekäre Beschäftigung" bezeichnet man Arbeit, mit der weniger als 60 % des

Durchschnittslohnes erzielt wird. Das sind 1758 Euro für ein Paar mit zwei Kindern. Seit Mitte der 90er Jahre ist der Niedriglohnsektor gewachsen, und im wesentlichen ist das drei Ursachen geschuldet: dem Sinken der Tarifbindung (nur noch die Hälfte aller Arbeitnehmer ist von Tarifverträgen erfasst), der Globalisierung, durch die die Situation der Geringverdiener sich verschärft, und einem Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft, denn im Handel und im Hotel- und Gaststättengewerbe wird wenig verdient. Und die Folgen: 1,35 Millionen Beschäftigte in Deutschland sind Aufstocker; 5 % von ihnen arbeiten volle Stunden; mehr als die Hälfte der Aufstocker jedoch arbeiten weniger als 15 Stunden pro Woche.

Die interessantesten Zahlen kamen zum Schluss: Im Jahre 2006 waren 43 % aller Arbeitsverhältnisse befristet; im öffentlichen Dienst hatten sogar zwei Drittel aller Beschäftigten nur einen Zeitvertrag. Und die Übernahmequote? Lediglich ein Viertel der befristet Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden nach Ablauf des Vertrages übernommen – in der gewerblichen Wirtschaft immerhin zwei Drittel.

Wehmütig erinnern sich Ältere an das "Normalarbeitsverhältnis". Früher war es einmal üblich, einen unbefristeten Anstellungsvertrag mit Tariflohn, Kranken-, Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung und Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu haben.

Die Zahlen aus Wilhelmshaven, die der DGB-Kreisverband Oldenburg-Wilhelmshaven erhoben hat, erscheinen nach dem Abend in Schortens gar nicht mehr so erstaunlich: In Wilhelmshaven haben mittlerweile weniger als die Hälfte der Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten, einen Normalarbeitsvertrag, 50,2 % sind Mini- oder Midi-Jobber, Ein-Euro-Jobber, Leiharbeiter, Solo- oder Scheinselbständige, verdienen also weniger, als man zu Leben braucht, sind mangelhaft sozialversichert, dürfen nie krank werden oder Urlaub machen oder sitzen auf einem Arbeitsplatz, der jederzeit wegfallen kann. Teilzeitarbeit, so berichtete Carmen Giss, wird heutzutage nicht mehr als prekär angesehen, außer wenn sie unfreiwillig ist.

Alles in allem: Nur noch gut qualifizierte jüngere Arbeitssuchende haben heutzutage Chancen auf ein Normalarbeitsverhältnis.

Was ist denn nun mit der Ausgangsfrage des Abends? Begünstigen Job-Center prekäre Beschäftigung? Ganz am Ende ihres Vortrags kam die Antwort: Ja, sie tun es. Sie müssen es nämlich tun. In § 10 SGB II ist festgelegt, dass jede Arbeit zumutbar ist. Laut Gesetz ist also auch Arbeit zu Löhnen unter dem Niveau der sozialen Transferleistungen zumutbar.

Dumpinglöhne

Zum Glück schieben die Sozialgerichte dem einen Riegel vor: "Weigert sich ein

Langzeitarbeitsloser, einen Job zum Dumpinglohn anzutreten, darf das Arbeitslosengeld II nicht gekürzt werden. Das hat das Sozialgericht Dortmund jetzt im Fall einer Bochumer Hartz IV-Empfängerin entschieden, die bei einem Textildiscounter für einen Stundenlohn von 4,50 Euro beschäftigt werden sollte. Die arbeitslose Frau hatte das Jobangebot abgelehnt. Daraufhin senkte die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Bochum die Bezüge nach dem Sozialgesetzbuch II für drei Monate um 30 Prozent. Die Betroffene klagte und bekam Recht. Das Sozialgericht Dortmund hob die Leistungskürzung von monatlich 104 Euro auf und entschied, dass ein Stundenlohn von 4,50 Euro bei einem untersten Tariflohn von 9,82 Euro unzumutbar sei. Solche Stundenlöhne seien sittenwidriger Lohnwucher. Als sittenwidrig gilt, wenn der Lohn mindestens 30 Prozent unter Tarif oder der ortsüblichen Entlohnung liegt. Arbeitslosen derartige Tätigkeiten unter Androhung von Sanktionen aufzuzwingen, hieße, Lohndumping behördlicherseits zu unterstützen und das Lohngefüge weiter nach unten zu schrauben, so das Gericht in seinem Urteil." (Quelle: www.mindestlohn.de) □

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken - Parties - Konzerte

Freitag, 10. April 2009

PLEASE KILL ME

Die unzensurierte Geschichte des Punk
als multimediale Leseshow

Hollow Skai, (Hollow Skai)
Susanne Reimann, (VH1, NDR)
Marius Del Mestre (Ex-Ton Steine Scherben)
Reverend Todd (Holy Church of R'n'R) u.a.
+ Videos + mehr

Ostersonntag, 12. April 2009

DIE RADIERER
+ The Bernie & The Jörgie
Electro-Punk - New Wave

30. April 2009

DIE MIMMIS

Support: Die Trimmis

www.kling-klang-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen
www.myspace.com/klingklang

Notausgang

Landesbühne: "Werther!" frischer denn je

(iz) Ungewollt aktuelle Bezüge zeigte die Premiere des "Werther!", der am Ende nur den Freitod als Ausweg aus seinem Weltschmerz sieht. Wenige Tage vor der Aufführung hatte sich ein junger Mann in Süddeutschland erschossen – und zuvor weitere 16 Menschen in den Tod gerissen. Zwar sind die Motive für Selbstmord bzw. Amoklauf aus psychologischer Sicht nicht direkt vergleichbar, aber die vielen jungen Zuschauer, die dem atemberaubenden Spiel von Axel Julius Fündeling folgen, finden vermutlich ausreichend Anknüpfungspunkte, um das real stattgefundene Drama zu verarbeiten.



Foto: landesbühne

Aktuell wird Goethes Werther – hier in der modernen Bearbeitung von Nicolas Stemann – ohnehin immer bleiben. Immer werden Jugendliche und junge Erwachsene in dieser Phase von "Sturm und Drang", auf der intensiven Suche nach dem Selbst (im Verhältnis zum Rest der Welt) verzweifeln und oft auch scheitern. Diese Inszenierung, mit der sich Regisseur Dietrich Trapp (der die Landesbühne leider verlässt) ein Denkmal setzte, rückt die unerfüllte Liebe Werthers zu Lotte in den Vordergrund. Doch kann Liebeskummer allein tödlich sein, oder erst dann, wenn alle Brücken zur Außenwelt abgebrochen sind? Aufmerksamen Zuschauern entgehen solche weiterführenden Hinweise – wie z. B. die Enttäuschung durch einen vermeintlich väterlichen Freund – nicht. Durch rasante und überraschende Wechsel des Blickwinkels hält die Inszenierung auch durch oberflächliche Reizüberflutung geschädigte Zuschauer in ihrem Bann.

Kann ein "Loser" wie Werther ein Vorbild sein? Immerhin verbietet er sich selbst jegliche – wenn auch aufkeimende – Gewalt- oder Rachephantasien gegenüber Dritten, die ihn unglücklich machen, auch wenn ihn sein Gefühl für Lotte als Objekt der Anbetung

und gleichzeitig Begierde innerlich zerreißt. Erlernete gesellschaftlich-moralische Konventionen sind stärker als der Drang, sie aufzubrechen. Und immerhin durchbricht er seinen Monolog – Ausdruck der sozialen und kommunikativen Vereinzelung – indem er zwischendurch in Kontakt zum Publikum tritt. Gleichwohl ist er in seiner Rolle gefangen – der Notausgang aus dem Theatersaal bleibt ihm als Ausweg verschlossen.

Stemanns radikale Modernisierung des Klassikers wird durch Trapp und Fündeling konsequent umgesetzt. In diesem Kontext entfalten auch die für junge Ohren "altmodischen" Texte (über die auch der Protagonist mit seiner Souffleuse hadert) ihren aktuellen Klang. "Der wohl berühmteste Ego-Trip der deutschen Literatur" (Rowohl) ist im Zeitalter von "You Tube" und Kochshows angekommen. □

Redaktionstipp: Empfehlenswert für alle Generationen! Weitere Aufführungen: Sa., 04.04. / Mi., 08.04. / Sa., 18.04. / Do., 23.04.2009 / jeweils um 20.00 Uhr / Studio, Rheinstr. 91



Eröffner und Auflöser

"Das Gartenfest" beschließt den Bürokratie-Zyklus der Landesbühne

(iz) Nach "Es lebe Europa", "Biberpelz" und "Albertz" bringt die Landesbühne mit dem Stück "Das Gartenfest" von Vaclav Havel ihre Analyse der modernen Bürokratie zum Abschluss. Tatsächlich finden sich dort viele Elemente des kafkaesken absurden Theaters, das manche/r (ob als Mitarbeiter/in oder Kunde) heute noch in Amtsstuben erlebt – von Arroganz bis Duckmäusertum. Das 1963 erschienene Stück bewegt sich allerdings in einem ganz anderen Rahmen – dem tschechischen Systemkritiker (und späteren Präsidenten) ging es um die (Entlarvung der) Funktionsweise eines totalitären Systems. Meisterlich pointiert Havel eine pseudo-intellektuelle Imponiersprache, die – je nachdem, welchen Rang die Gesprächspartner in der Hackordnung einnehmen – gleichzeitig bedrohlich wie nichtssagend wirken kann.

Mittlerweile wurde die ehemalige Tschechoslowakei vom kapitalistischen System übernommen, und damit herrschen heute auch andere Kommunikationsformen, die sich anderer Stilmittel bedienen – freilich mit dem gleichen Ziel, nämlich das System aus sich selbst heraus zu erhalten. (Das "Amt für Auflösung" und das "Eröffnungskomitee", Erfindungen des Autors, haben in der Realität ihre Arbeit erledigt). Insofern wirkt "Das Gartenfest" heutzutage schon etwas angestaubt bzw. ist eher als Klassiker zu betrachten, der Geschichte auf die Bühne transportiert. Unterhaltungswert besitzt die Inszenierung aber allemal, fast 100prozentig sicher bewegen sich die Darsteller mit Höchstgeschwindigkeit

durch die anspruchsvoll abstrakten Texte und plakativen Bilder.

Vor der Premiere wurde mit der Showeinlage "Die Landesbühne sucht den Superbürokraten" ein aktueller Bezug geknüpft. Da galt es für die 3 Kandidaten z. B. zu erraten, was das Amtsdeutsch mit "raufutterverzehrende Großvieheinheit" meint. Der Gewinner ist übrigens von Beruf – Lachtherapeut(!), offenbar eine gute Voraussetzung, um in deutschen Amtsstuben zu überleben. □

Weitere Aufführungen: Fr., 24.04.2009 / Mi., 06.05.2009 / jeweils um 20.00 Uhr im Stadttheater Wilhelmshaven



foto: landesbühne



Aus der Schule geplaudert

Oh Mann!

Da droht uns schon wieder eine Schulreform! War das, was Busemann uns in der vergangenen Legislaturperiode zugemutet hat, noch nicht genug?

Eine Kooperation zwischen Haupt- und Realschulen strebt Frau Heister-Neumann an. Dabei schielt sie nach Sachsen, wo es keine drei, sondern nur zwei weiterführende Schulformen gibt, die Haupt- und die Realschule also faktisch zusammengelegt sind. Sachsen steht in der letzten PISA-Studie von allen deutschen Bundesländern am besten da – könnte das nicht an diesem bisschen Gesamt(rest)schule liegen? – Nein, gnädige Frau, das liegt daran, dass dort die Klassen nicht so groß sind und nicht so viel Unterricht ausfällt!

Den Unterrichtsausfall hat die Kultusministerin zu Beginn ihrer Amtszeit ebenso wie ihr Vorgänger ja noch verschwiegen, geleugnet, schöngerechnet. Das geht jetzt nicht mehr, und deshalb gab es den Versuch, die Lehr-

kräfte, die ihre Stunden reduziert haben, dazu zu veranlassen, wieder auf volle Arbeitszeit zu gehen. Als ob die ohne nachvollziehbaren Grund ihre Arbeitszeit gesenkt hätten, aus Faulheit oder so. Neue Anträge auf Verkürzung der Stundenzahl werden genauestens geprüft – klar, glaubt denn jemand, das wäre früher nicht so gewesen?

Nur: Wenn 1500 Lehrerstellen fehlen und man nur 500 Lehrkräfte einstellt, dann kann man damit, dass man Teilzeitarbeit erschwert oder verhindert, den Kohl auch nicht fett machen.

Wie viele der fehlenden Lehrerwochenstunden gehen eigentlich auf das Turbo-Abi zurück? Wenn GymnasiastInnen die Stunden, die frühere Generationen von OberschülerInnen in neun Jahren hatten, in acht Jahre gequetscht bekommen, verringert das überschlägig berechnet nicht die zur Verfügung stehende Stundenzahl um ein Neuntel? Oder ist es gar ein Achtel? Egal, jedenfalls sollen nun auch die Gesamtschulen, die bisher noch nicht mit dem Abi12 geschlagen sind, auch das Turbo-Abi machen. Das kostet nochmal Stunden.

Gerd Hildebrandt, der Leiter der IGS Wilhelmshaven, mutmaßt, dass die Einführung des Turbo-Abiturs an den Gesamtschulen darauf abzielt, den Leuten die Gesamtschule zu vermiesen. Damit könnte er auch zur Hälfte Recht haben. Ich weiß von einigen Müttern

und Vätern, die nach der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre ihre Kinder nun gerne zur IGS schicken wollten, obwohl sie eigentlich keine Fans dieser Schulform sind, es ihnen also nicht um das besondere Konzept dieser Schule geht, die einfach nur ihren Kindern ein Jahr mehr gönnen möchten. Deren Motiv zur Anmeldung an der IGS würde entfallen, wenn Frau Heister-Neumanns Pläne wahr werden.

Aber zurück zum Stundensparen: Kaum wahrgenommen von den Medien war Heister-Neumanns Plan, die Beratungslehrerzeit zu schrumpfen. Nur noch zwei statt bisher drei Stunden Entlastung von Unterricht sollen die Beratungslehrkräfte bekommen. Und das, wo es in Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern auch nur elend wenig Schulpsychologen gibt. Und dann gab es den Amoklauf von Winnenden, und die Aufmerksamkeit richtete sich auf den Hilfe- und Beratungsbedarf von Schülerinnen und Schülern. Darf man wirklich hier sparen? Die Antwort der Kultusministerin darauf war brillant: Die Albertville-Schule in Winnenden hat einen Schulpsychologen, und trotzdem hat es den Amoklauf gegeben. Dieses Argument ist ausbaufähig. Mein Vorschlag: Trotz Schulunterricht und Schulabschluss finden viele Jugendliche keine Lehrstelle – da könnte man doch einfach die Schule abschaffen.

Anette Nowak

PPP: Kaum besser, aber viel teurer – “Versteckte Schulden zulasten künftiger Generationen”

“Der Präsident des Bundesrechnungshofes (BRH), der auch als ‚Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung‘ firmiert, hat ein Gutachten zu vier Vorzeigeprojekten mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften verfasst. Ergebnis: Die Autobahnen werden kaum schneller oder besser ausgebaut, dafür aber viel teurer“, berichtete die “Süddeutsche Zeitung” am 15.03.2009. Verkehrsminister Tiefensee kassierte einen Rüffel für das “Finanzfiasko an der Autobahn”, darunter auch die A1 zwischen Bremer Kreuz und dem Dreieck Buchholz. Die Gutachter hinterfragen “besonders hart die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, auf deren Grundlage die Projekte geplant und angeschoben wurden ..Entweder geraten die beteiligten Unternehmen durch die Projekte in die Insolvenz oder der Staat verschwendet Unmengen an Steuergeldern. ‘Dabei geht es um Milliardensummen’, sagt der Grünen-Verkehrs-Experte Andreas Hofreiter, der Tiefensee einen , skandalös leichtfertigen Umgang

mit Steuergeldern’ vorwirft. Die Kritik trifft ein Modell, das sich angesichts knapper Kassen bei vielen Politikern seit Jahren zunehmender Beliebtheit erfreut. Bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften im Autobahnbau erhalten Unternehmen in der Regel für 30 Jahre die Konzession für einen bestimmten Streckenabschnitt, den sie ausbauen, betreiben und erhalten müssen. Im Gegenzug bekommen sie während der Vertragslaufzeit den weitaus größten Teil der auf der Strecke anfallenden Mautgebühren sowie bei einigen Projekten einen Teil der anfallenden Baukosten als Anschubfinanzierung. Durch diese Konstruktion fallen zunächst relativ geringe Kosten an. Allerdings werden Einnahmen der Zukunft schon heute verpfändet. ‘Es werden heimlich und versteckt Schulden zulasten künftiger Generationen gemacht. Die verantwortlichen Politiker können jetzt mit Projekten protzen, bezahlen aber müssen das später andere’, kritisiert Hofreiter. ...Erlaubt sind solche Modelle nur, wenn Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ergeben, dass sie für den Bund im Vergleich zu konventionellen Auftragsvergaben über die Behörden vorteilhafter sind. Bei den Pilotprojekten hat der Rechnungshof daran deutliche Zweifel.”

Auch die Kommunalaufsicht sieht PPP nicht als Königsweg zur Entschuldung finanzschwacher Kommunen, wie die Stadt Lüneburg jetzt aus Hannover erfuhr. (Hamburger Abendblatt, 25.3.2009) Die Stadt Cannstatt kaufte jetzt ihr Wellnessbad von einem Bauunternehmer zurück, der das 1994 eröffnete Bad zu Beginn der 90er Jahre in Eigenregie baute und dann an die Stadt bis ins Jahr 2016 vermietete. “Was damals von der Stadt als frühe Form des “public private partner-

ship” gefeiert wurde, entpuppte sich rasch als gutes Geschäft - allerdings nur für den Investor. Die Baukosten beliefen sich damals auf rund 27 Millionen Euro zuzüglich Zinsen, die Stadt hätte im Gegenzug bis zum Auslaufen des Vertrages aber insgesamt rund 100 Millionen Euro Miete zahlen müssen.” (Stuttgarter Zeitung 25.3.2009) “Hinzu kam, dass das Hochbauamt 2008 gravierende Mängel beim Bau des Bades feststellen musste. Offenbar waren unter anderem Materialien verwendet worden, die dem aggressiven Mineralwasser nicht gewachsen waren”. Die “Sparsamkeit” des Investors kann also lebensgefährlich werden.

Die Immobilien Zeitung (12.03.2009) attestiert: “Public Private Partnerships (PPP) leiden zurzeit gleich mehrfach: Der Rückzug vieler Banken aus dem langfristigen Kreditgeschäft treibt zum einen die Finanzierungskosten in die Höhe. Zum anderen stellen viele Kommunen infolge des Konjunkturpakets ihre PPP-Vorhaben zurück. Hinzu kommt ein Imageproblem ...Während Branchenexperten noch vor einem Jahr einen Run von Investoren und Banken auf PPP-Projekte aufgrund der langfristigen und risikoarmen Strukturen prophezeiten, ist heute das Gegenteil und weitgehend Ernüchterung eingetreten. Immer weniger Banken sind in diesem Segment noch aktiv. Langfristige Finanzierungszusagen traut sich keiner mehr zu, und für größere Projekte müssen mehrere Finanzierungspartner ins Boot geholt werden, was den Aufwand und die Kosten explodieren lässt. Hinzu kommen die ohnehin gestiegenen Refinanzierungskosten der Banken, die sich in teureren Konditionen niederschlagen.” (iz)

Peinlich!

Wilhelmshaven wird bald die einzige Stadt mit einer Agnes-Miegel-Schule sein

(noa/hk) Am 19. März feierte die Agnes-Miegel-Schule ihren 50. Geburtstag. Es soll eine schöne Feier gewesen sein, wenn man den Berichten am 20. und am 21. März in der WZ glaubt. Draußen vor der Tür standen Flugblattverteiler der LAW und der LINKEN mit dem Appell, zum 50. Schulgeburtstag auch über den Namen der Schule nachzudenken.

In dem Flugblatt stand u.a.: *„Die Agnes-Miegel-Schule in Fgrodan ist okay, das sagen viele Leute, die sie kennen - und mit Recht! ... Auf diese Schule kann Fgrodan stolz sein - wenn da nicht ein großes ABER wäre: Diese Schule trägt einen falschen Namen. Agnes Miegel war zwar manchmal eine gute Dichterin, ihre Grundeinstellung aber war antidemokratisch. Sie huldigte dem Kaiser, Hindenburg und dem Führer, sie vertrat konsequent das Führerprinzip.“*

Als 1933 die Bücher der Aufklärung verbrannt wurden, sagte Agnes Miegel dazu kein Wort. Als ihre Kollegin Ricarda Huch deshalb die Preußische Dichterakademie verließ, wurde sie deren Mitglied. Und als so viele Dichter Deutschland verlassen mussten, blieb sie stumm. Sie wurde 1937 Mitglied der NS-Frauenschaft und nahm 1939 das Ehrenzeichen der Hitlerjugend an ... Nein, diese Schule hat diesen Namen nicht verdient. Deshalb fordern wir die Lehrerschaft, die Eltern und die Schüler auf, sich zum 50. Geburtstag der Schule mit Agnes Miegel auseinanderzusetzen mit dem Ziel, für die Schule einen neuen Namen zu finden. ... Eine gute, der demokratischen Erziehung verpflichtete Schule, der die Entwicklung des Einzelnen am Herzen liegt und die humane und soziale Grundsätze vermitteln will, sollte auch den Namen eines Menschen tragen, der diese Grundsätze in seinem Leben gelebt hat. Agnes Miegel gehörte mit Sicherheit nicht zu diesen Menschen.“

Ruhe an der Namensfront

Drinnen sagte Eberhard Menzel – zur Erinnerung: ein Sozialdemokrat!!! – über die da draußen, da stehe die Partei, die schon den Osten heruntergewirtschaftet habe. Und: Man müsse mal überprüfen, ob es irgendwo dort noch Ernst-Thälmann-Schulen gäbe. Was für ein Vergleich! 1)

Hier noch ein Miegel-Gedicht:

„Dem Führer!
Von der Feinde Fängen fast vernichtet,
Alder, seiner Schwingenkraft beraubt,
der auf Flug und Freiheit schon verzichtet,
lagst du, Deutschland, blutend und bestaubt,
— als sein großes Herz an dich geglaubt!
Aus dir, Volk, wie wenn die Nacht sich lichtet,
Meeressonne hebt verhülltes Bild,
stieg er auf.
Und seines Namens Schild
hat er schützend vor dir aufgerichtet.
Neid hat er und Bruderhaß gestillt.
Unsere Herzen, hart von Not und Krieg,
hat mit seinen glühenden, glaubensvollen
Worten er durchpflügt wie Ackerhollen,
bis ein neuer Frühling aus uns stieg.
Unsre Stirnen, die so tief geneigt,
richteten sich auf bei seinem Nahen,
und wir sahn
wie Erwachende, von ihm gezeigt,
erger Sterne Unvergänglichkeit
und das Frührot einer neuen Zeit.“

Erde, wie ein Witwenhof verdorrte,
mütterliche Erde, neu verehrt,
trug, verjüngt von seinem Worte,
Korn und Kinder.
Und er gab der Schönen
Herd und Spindel wieder.
Ob den Söhnen
mieder aus vergefünem Väterpforte
in die Hand den Spaten und das Schwert!

Und er lehrte dich, o Volk, erkennen:
Du bist aller Zukunft Herz und Pfand!
Wenn aus deinem Giest die Flammen steigen,
wird des weisen Mannes Welt entbrennen,
wenn sich deine Sonnensfahnen neigen,
sinkt die Nacht über das Abendland! — —

Laß in deine Hand,
Führer! uns vor aller Welt bekennen:
Du und wir,

nie mehr zu trennen,
stehen ein für unser Vaterland!“

aus: Agnes Miegel, *Wort und Werk* - Mit Beiträgen von Professor Dr. Karl Planz, Leipzig, 1938, S. 74/99

Daten und Fakten

Während im Mai 1933 die Literatur im Geiste der Aufklärung auf den Bücher-Scheiterhaufen des nationalsozialistischen Ungeistes landete und ihre Literaten, im Besonderen die jüdischen und linken Autoren, aus der Akademie der Künste entfernt, in Lager gesperrt, in die Emigration vertrieben oder ermordet wurden, wird Agnes Miegel im gleichen Jahr als Senatorin in eben jene Akademie berufen.

Für ihr „Schaffen“ wurde sie im Dritten Reich mit zahlreichen Preisen geehrt: So erhielt sie die Wartburg-Rose (1933), den Herder-Preis (1935), den Goethe-Preis (auf besondere Fürsprache von Joseph Goebbels), den Ehrenring des „allgemeinen deutschen Sprachvereins“ (1935) und das Ehrenzeichen der Hitler Jugend (1939). 1936 stiftete die Kulturgemeinde eine Agnes-Miegel-Plakette, von der Agnes Miegel selbst die erste erhielt. 1937 trat sie der NS-Frauenschaft bei, 1940 der NSDAP.

Doch damit nicht genug, Miegel verfasste zahlreiche Werke im nationalsozialistischen Geiste, allein drei! Gedichte sind Adolf Hitler zugewidmet: Dem Führer! (1936), An den Führer (1938), Dem Schirmer des Volkes (1939).

Weitere Werke Miegels im nationalsozialistischen Geiste sind die chorische Dichtung „Memelland“ (1935), eine Kantate zum Muttertag (1937), das Gedicht „Danzig“, in dem Agnes Miegel die „Heimholung“ ehemals deutscher Gebiete begrüßte (1939), die Hymne „An die Reichsfrauenführerin Scholtz-Klink“ und die Erzählung „Besuch bei Margret“ (1943), die von wissenschaftlicher Seite der Kategorie „Rassezüchtung, Vererbungslehre und Rassismus“ zugeordnet wird. Niemand dürfte widersprechen, würde man Agnes Miegel eine Nazi-Dichterin und überzeugte Nationalsozialistin nennen. Sie hat ihr eigenes sonstiges, durchaus bemerkenswertes, Werk durch Ihre schamlosen Huldigungen des Bösen entehrt und wertlos gemacht. Auch nach dem Krieg hat Agnes Miegel sich nie von ihrer Vergangenheit distanziert.

es in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg – gegenwärtig sind es noch drei. In Osnabrück ist „alles auf dem Weg“ für eine Umbenennung der Agnes-Miegel-Realschule: Die Gesamtkonferenz hat die Namensänderung beschlossen, nur der Schulträger muss noch zustimmen. Auch in Düsseldorf stehen die Zeichen auf Namensänderung: „Gern möchten wir im Jahre 2010 unser 100jähriges Jubiläum mit einem neuen Schulnamen feiern“, sagt die Schulleiterin. In Willich am Niederrhein ist man schon einen Schritt weiter. Die mit diesem Namen seit 1964 belastete Grundschule heißt seit Beginn des laufenden Schuljahrs „Astrid-Lindgren-Schule“. Man wollte „nicht die letzte Schule Deutschlands sein, die den Namen Agnes Miegel trägt“. Diese Eile wäre nicht nötig gewesen – Wilhelmshavens Agnes-Miegel-Schule wird diesen ehrlosen Namen so schnell nicht loswerden. Weder der Rat der Stadt noch der Schulleiter noch – nach dessen Auskunft – die Elternschaft stören sich daran. □

1) Thälmann wurde 1933 von der Gestapo verhaftet und nach elf Jahren Isolationshaft, 1944, auf direkten Befehl Adolf Hitlers erschossen.

Oder was?
40 Agnes-Miegel-Schulen gab

meldungen



© GRUPPO1635.com/foto.hufenbach

Der SPD-Kreisverband

hat einen neuen Vorsitzenden. Auf dem Parteitag der Wilhelmshavener Sozialdemokraten setzte sich Helmut Stumm mit 38 zu 32 Stimmen gegen den von der Parteilinken favorisierten Volker Block durch.

Der erste Teil des Parteitages war vom seit langem schwelenden Konflikt zwischen der "alten Garde" um Siegfried Neumann, Eberhard Menzel, Norbert Schmidt und Wilfrid Adam und den "Erneuerern" um Tim Sommer, Karlheinz Föhlinger, Detlef Schön und anderen geprägt.

In einer sehr emotionsgeladenen Rede machte Norbert Schmidt klar, dass es nur die Querelen innerhalb der Partei waren, die ihn zum Rückzug von seinem Parteiposten veranlassten.

Helmut Stumm wird es auf seinem neuen Posten nicht leicht haben, denn die Probleme innerhalb der Wilhelmshavener SPD bestehen weiter, und auch Stumms Kandidatenrede ließ nicht erkennen, dass er in der Lage sein wird, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Wir sind auf die ersten hundert Tage seiner Vorstandszeit gespannt, sind aber auch davon überzeugt, dass seine Partei ihm diese 100 Tage Schonfrist nicht gewähren wird. (hk)

Selbstverteidigung

Einstimmig lehnte es der Sozialausschuss ab, die Arbeitsloseninitiative (ALI) mit 30.000 Euro zu unterstützen. Solche freiwilligen Leistungen könne man in Zeiten knapper Kassen nicht erbringen. Zuvor war lamentiert worden, wie teuer all die Arbeitslosen die Stadt kommen. Die Wahrheit ist: Der Sozialausschuss wäre ja schön blöd, die Laus im eigenen Pelz noch zu füttern. Mit vielen formalen Tricks und Kniffen gelingt es ja, vielen unbedarften Hartz IV-EmpfängerInnen die Leistungen zu kürzen oder zu versagen – Sparen auf Kosten der Ärmsten. Doch wer bei der ALI kompetente Beratung erhält, lässt sich nicht so leicht betuppen und zieht notfalls vors Sozialgericht - meist mit Erfolg. Warum sollte die Stadt also den "Spielverderber" ALI auch noch unterstützen? (iz)



Nicht vergessen:
Aktionstag
am Samstag,
den 25.04.2009 um 11.00 Uhr
am Pumpwerk



Krise? – Nein, danke!

Wer als Kind beim Konsum (Betonung auf der ersten Silbe) eingekauft hat, bekommt beim Gedanken an Genossenschaften wahrscheinlich nostalgisch-wehmütige Gefühle, aber es regt sich auch der Gedanke, dass diese Wirtschaftsform doch ein wenig altbacksch ist. Diesen Gedanken hatte wohl auch Martin Wein, als er für die WZ den Geschäftsführer des Bauvereins Rüstringen, Frank Menzel, interviewte. "Im neoliberalen Kapitalismus klingt genossenschaftliches Wohnen wie ein Relikt aus alten Tagen", leitete er das Gespräch ein.

Würde wohl außer den eigenen Mitgliedern überhaupt jemand zur Veranstaltung der LINKEN und der LAW über Mondragón kommen, auch noch ausgerechnet am Vormittag des 8. März, dem Frauentag? Ja, die Hälfte der Gäste waren Nicht-Mitglieder; die Idee einer Wirtschaftsform ohne Ausbeutung und Finanzjonglage scheint doch nicht nur für organisierte Linke attraktiv zu sein.

Wolfgang Schwirkschlies, der den Vortrag hielt, erklärte zunächst einige der grundlegenden Marktmechanismen, die die gegenwärtige Wirtschaftskrise ausgelöst haben. Dass man Aktien verkaufen kann, die man gar nicht besitzt, und damit ein Unternehmen in den Ruin treiben kann, ist nur ein Beispiel für die Auswüchse des Kapitalismus.

Die "Mondragón Corporación Corporativa", die größte Kooperative der Welt, ist vor "feindlicher Übernahme" oder Zusammenbruch geschützt durch die Tatsache, dass jedes Mitglied genau denselben Anteil besitzt. Natürlich kommt es auch in einem der zahlreichen Genossenschaftsbetriebe vor, dass mal der Absatz stockt und weniger Arbeit da ist. Dann wechseln einige Beschäftigte vorübergehend in einen der anderen Betriebe – entlassen wurde in der MCC noch nie jemand. Das Genossenschaftsmodell wird - ebenso wie andere alternative Wirtschaftsformen - bei der Linken weiterhin diskutiert und untersucht werden. (noa)

WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN:
WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

Antizyklisch bewegt sich Wilhelmshaven mit Riesenschritten in die Krise, und überalterte und alternativlose KommunalstrategInnen klammern sich an einen Wirtschaftsförderungskodex aus längst vergangenen Zeiten. Während die Weltpolitik langsam begreift, dass wir eine nachhaltige Politik benötigen, leidet Wilhelmshaven unter dem Mehdorn-Syndrom und hält den ehemaligen angeblichen VerdienstgenossInnen die Stange, damit niemand merkt, wie tief diese uns und Wilhelmshaven in die Krise geritten haben. „Großindustrialisierung trifft auf Größenwahn“ müßten die Überschriften reihenweise in der lokalen Hilfszeitung lauten, statt dessen komplementiert sie Hand in Hand mit den angeblichen VerdienstgenossInnen richtige Denker aus der Partei, einer SPD, die z. Zt. einen innerparteilichen Machtkampf erlebt, dessen Ende auch das Ende dieser Partei bedeuten könnte. Hoffen und Bangen heißt das Rezept, mit der die Wilhelmshavener Politik ihre Fehlleistungen kaschiert. Alte Rezepte werden immer wieder neu aufgekocht, denn die Lemminge in Wilhelmshaven sind leistungsfähig, sei es Fäkalien in der Vorzeigebadezone oder das Steuerinvestment in die Hafenbetriebsgesellschaft, deren wirtschaftlicher Nutzen gegen Null geht. Wilhelmshaven steht am Scheideweg und unsere „VolksvertreterInnen“ wollen es nicht begreifen. **TOLL!**

BASU
 FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN
 [BILDUNG | ARBEIT | SOZIALES UMWELT]
 WWW.BASU-WHV.DE

So sieht der Aufschwung in Wilhelmshaven aus: Schiffe die an der Leine liegen und KommunalpolitikerInnen, die die Stadt mitten in die Krise steuern.

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!